

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

31. Jahrgang
Nr. 4 – 2008
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Obama: Die fünf Herausforderungen	2
Obamas Wahl aus israelischer Sicht	3
Fairness für Mumia!	4
Gaza: Aushungerung konkret	5
Werbung für Krieg und Tod	6
Abrüstung auf Schwedisch	7
Solidarität trägt einen Namen: Kuba	8



«Hoffnung» – Wandmalerei in Midtown, Houston.

Zur Präsidentschaftswahl in den USA

Kneift mich

Die Wahlen '08 in den USA sind Geschichte, Barack Obama heisst der Sieger. Gehören zu den Gewinnern auch die Völker der Welt? Die Erwartungen sind gross, die Fesseln, die jeder US-Präsident angelegt bekommt, auch. In dieser Nummer von UNSERE WELT äussern verschiedene Autoren ihre Hoffnungen und Zweifel. Den Anfang macht der US-Dokumentarfilmer Michael Moore.

Von Michael Moore

Wer von uns hat noch Worte? Tränen sprudeln – Freudentränen, Tränen der Erleichterung. Es war ein umwerfender, erstaunlicher Erdrutschsieg der Hoffnung in verzweifelter Zeit.

Und es war ein unerwarteter Moment für eine Nation, die auf Völkermord gegründet ist und aufgebaut auf dem Rücken von Sklaven. Es war so schockierend einfach: Barack Obama, ein guter Mann, ein schwarzer Mann, sagte, er werde den Wandel nach Washington bringen, und die meisten Menschen im Lande mochten die Idee. Die Rassisten schliefen während des gesamten Wahlkampfes nicht und gingen auch an die Wahlurnen. Aber sie bilden nicht mehr die Mehrheit. Wir werden es noch erleben, dass ihre Flamme des Hasses ganz verlischt.

Noch etwas passierte am 4. November 2008 «zum ersten Mal». Nie zuvor in unserer Geschichte wurde ein Kandidat, der ein erklärter Kriegsgegner ist, in Kriegszeiten zum Präsidenten gewählt. Ich hoffe, der gewählte Präsident Obama denkt daran, wenn er in Erwägung zieht, den Krieg in Afghanistan auszuweiten. Das Vertrauen, das wir heute in ihn setzen, wird verlorengehen, wenn er das

Hauptthema vergisst, mit dem er seine demokratischen Konkurrenten (in den Vorwahlen) und den Kriegshelden (McCain) in der Hauptwahl besiegt hat: Die Menschen Amerikas sind des Krieges müde – müde und krank. Ihre Stimme war am Wahltag laut und deutlich zu vernehmen.

Es dauerte (unentschuldbare) 44 Jahre, bis ein demokratischer Präsidentschaftskandidat wieder 51% der Stimmen erhielt – lausige 51%. Das liegt daran, dass die meisten Amerikaner die Demokraten nicht wirklich mögen. Die Leute glauben, die Demokraten hätten nicht die Courage, eine Sache zu Ende zu bringen und sich für die arbeitende Bevölkerung einzusetzen, die sie ja angeblich unterstützen. Nun, jetzt bekommen die Demokraten ihre Chance. Die Öffentlichkeit gab ihnen an der Wahlurne eine Chance – in Form eines Mannes, der kein Parteitier ist und kein Speckgürtelbürokrat, der in die Welt passt. Wird Obama werden wie sie? Oder wird er sie zwingen, eher zu werden wie er? Beten wir für die zweite Variante.

Heute feiern wir den Triumph der Anständigkeit über persönliche Angriffe, den Triumph des Friedens über den Krieg, den Triumph der Intelli-

genz über den Glauben an Adam und Eva (die vor 6000 Jahren angeblich auf Dinosauriern ritten). Wie wird sich ein intelligenter Präsident anfühlen? Die Wissenschaften werden – nach acht Jahren Verbannung – zurückkehren. Man stelle sich vor: Die grössten Köpfe des Landes werden Förderung erhalten, um Krankheiten zu besiegen, neue Energieformen zu entwickeln und den Planeten durch ihre Arbeit zu retten. Ich weiss, ich weiss, kneift mich.

Alles ist möglich – Träume sind wieder gestattet. Vielleicht werden wir eine Zeit der Aufklärung, der erfrischenden Offenheit und Kreativität erleben. Kunst und Künstler werden nicht mehr als Feinde betrachtet werden. Vielleicht wird man die Kunst nutzen, um 'grössere Wahrheiten' zu erforschen. Franklin D. Roosevelt errang 1932 einen Erdrutschsieg (und wurde US-Präsident). Frank Capra, Preston Sturges, Woody Guthrie, John Steinbeck, Dorothea Lange und Orson Welles waren die Folge. Die ganze Woche über fragten mich die Medien: «Gee, Mike, Bush ist weg, was wirst du jetzt anfangen?» Soll das ein Scherz sein? In einem Umfeld arbeiten und kreativ zu sein, das Kunst, den Film, Wissenschaft und Forschung hegt und pflegt und in dem man die Freiheit haben wird, zu sein, was immer man sein mag? Tausend Blumen werden erblühen – schaut's euch an! Wir sind in eine neue Ära eingetreten. Der erste Gedanke, der uns kollektiv zu dieser neuen Zeit durch den Kopf schießt: Alles ist Möglich.

Fortsetzung auf Seite 2

Anlauf zum Jubiläum

Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) hat am 27. September an ihrer Herbstversammlung in Bern ihre Aufgaben und Ziele für die kommenden Monate diskutiert und beschlossen.

Von Monika Waser

Im Zentrum der SFB werden nach wie vor Aktivitäten rund um die Zeitschrift «Unsere Welt» (UW) stehen. Ziel ist es, mit unseren Anliegen wieder an ein grösseres Publikum zu gelangen und deshalb die UW regelmässig an Interessierte zu verteilen. Für diese Aktivitäten suchen wir Helferinnen und Helfer. Dies vor allem in Ortschaften, ausserhalb der Agglomerationen, in denen die SFB nicht mehr stark verankert ist.

«Unsere Welt» erscheint im 31. Jahrgang und diese Leistung wurde an der Jahresversammlung vom Frühling mit einer kleinen Ausstellung gewürdigt. Beeindruckend war festzustellen über welche Kontinuität die SFB Themen und Aktivitäten seit Jahrzehnten verfolgt. In Sachen Abrüstung geht dies von der Unterschriftensammlung zum Stockholmer Apell 1950 bis zur heutigen Initiative gegen neue Kampfjets. Die Solidarität ist für die SFB ein zentrales Element und reicht von Vietnam bis Palästina, von Kuba bis Südafrika. Und natürlich nicht zu vergessen ist die Teilnahme an den Ostermärschen der 60iger Jahre bis heute, die bekanntlich im Zeichen des

Friedens stehen. Weiter wurde an der Versammlung beschlossen, die Unterschriftensammlung für die Initiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» weiterhin tatkräftig zu unterstützen, bis die nötigen 120 000 Unterschriften zusammen sind. Die Hälfte davon ist bereits geschafft.

60 Jahre SFB

Im kommenden Jahr wird uns auch die Vorbereitung zum 60 Jahr-Jubiläum beschäftigen. Wir werden dies zum Anlass nehmen um mit einem vielfältigen Aktionstag zum UNO-Weltfriedenstag am 21. September an die Öffentlichkeit zu treten.

1949 wurden nach den historischen Versammlungen in Paris und Prag in der Schweiz und in 70 anderen Ländern nationale Friedenskomitees gegründet, aus denen 1950 der Weltfriedensrat (WFR) entstand. Der WFR hat seit seiner Gründung wichtige Impulse für Friedensaktivisten auf der ganzen Welt gegeben. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft und nach Jahren der Neuorientierung ist nun auch der Weltfriedensrat neu erwacht. Ein Beitrag dazu ist in «Unsere Welt» vom vergangenen März nachzulesen.

Katastrophale Krise in Tierparks

Wie wir aus dem eidgenössischen Departement für Medien Debakel (EMD) erfahren haben, sollen sich die staatlichen und privaten Zoos in einer schweren Krise befinden. So sei in den grossen Becken der Fischabteilungen eine erschreckende Überpopulation von Haien der Gattung Finanz festgestellt worden. Die meisten Zoos seien nicht mehr in der Lage die gefräßigen Tiere zu ernähren und bitten deshalb um Hilfe. Alle bisherigen Versuche, die Notlage mit eigenen Mitteln zu beheben, seien gescheitert. So versuchte man mit der Züchtung von fetten Heuschrecken der Gattung Hedgefond ein billiges Futter zu entwickeln. Diese Art der Heuschrecken hat sich aber schnell zu einem unkontrollierbaren Schwarm entwickelt und innert kurzer Zeit die eigenen Nahrungsfelder leer gefressen. Sie taugten nicht mehr als Nahrung.

In den Raubtiergehegen soll es gerade umgekehrt sein. Die 54 im Zoo gehaltenen amerikanischen Tiger der Gattung F-5 seien völlig überaltert und die Population dem Aussterben preisgegeben. Deshalb suche man Ersatzlösungen. (Nebenbei: die im selben Haus untergebrachten Hornissen der Gattung F/A 18 seien zwar sehr teuer in der Pflege, aber noch gesund. Das Publikum kann sie allerdings nur bei schönem Wetter beobachten.) Als Ersatz für die Tiger prüfen nun die Raubtierspezialisten unter anderem die Haltung von schwedischen Greifvögeln der Gattung Gripen und von französischen Sturmvögeln der Gattung Rafale. Dafür müssten natürlich neue Volieren mit allem Drum und Dran gebaut werden. Allein nur für die Anschaffung von 22 Jungtieren rechnet man mit mehr als 2,2 Milliarden Franken. Dies ist zwar deutlich weniger, als das was man in das Haifischbecken werfen will, unserer Meinung nach aber viel zu viel, da es sich um die falschen Tiere handelt. Unser Vorschlag ist: alle oben genannten Tiere aus den Zoos entfernen, ausstopfen und ins Museum stellen. Als Ersatztiere wollen wir Tauben aus der Gattung Frieden. Diese sind preiswert im Unterhalt und in weiss sehr schön anzusehen. Wenn sie auch für die Taubenhaltung sind, verwenden Sie doch bitte den beiliegenden Unterschriftenbogen.

Und falls Sie die Friedenstaubenzüchter finanziell unterstützen möchten: Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PostFinance Konto 40-1627-7, Vermerk: Taubenfutter. Besten Dank!

Ruedi Moser, Sekretär SFB

«Yes we can»? – Yes he could!

Die fünf Herausforderungen

Anlass zu vorsichtiger Hoffnung gibt die Wahl Obamas für Andreas Zumach. Zumach, Jahrgang 1954, ist freier Journalist am UNO-Sitz in Genf und Korrespondent der Berliner «tageszeitung» (taz). Der studierte Volkswirt war in den achtziger Jahren Mitarbeiter der «Aktion Sühnezeichen/Friedensdienst» und einer der Sprecher des bundesweiten Koordinierungsausschusses der westdeutschen Friedensbewegung. Thematisch beschäftigt sich Zumach u. a. mit den Konflikten auf dem Balkan und dem Kaukasus sowie mit Iran und den Vereinten Nationen. (Quelle ND/AG Friedensforschung Uni Kassel)

Von Andreas Zumach

Die Startbedingungen für einen neuen US-Präsidenten waren noch nie so ungünstig, seit Roosevelt drei Jahre nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 ins Weisse Haus einzog. Kann Barack Obama unter diesen Bedingungen den im Wahlkampf versprochenen innen- wie aussenpolitischen «Wandel» umsetzen? Will er das überhaupt? Die Antwort lautet: Ja, er könnte («Yes, he could»). Und dass er will – zumindest bei einer ganzen Reihe von Themen – zeigt u. a. Obamas Ankündigung, er werde gleich nach seinem Amtsantritt am 20. Januar über 200 präsidentiale Direktiven von Bush ausser Kraft setzen.

Seine Bereitschaft zu der im Wahlkampf versprochenen, multilateralen, auf Kooperation angelegten Aussenpolitik könnte der neue Präsident schon sehr bald mit einigen konkreten Massnahmen beweisen, die allesamt nicht erst die langwierige Ausarbeitung neuer aussenpolitischer Konzeptionen erfordern. Mit Blick auf den Klimawandel, bei dessen Bekämpfung Obama diese Woche eine künftige «Führungsrolle der USA» reklamierte, könnte er das Kyoto-Klimaschutz-Protokoll unterschreiben und die vorbehaltlose Teilnahme der USA an den für Herbst 2009 geplanten Verhandlungen im Rahmen der UNO über ein Kyoto-Nachfolgeabkommen ankündigen. Zudem könnte Obama das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs unterzeichnen und dem Senat zur zügigen Ratifizierung zuleiten. Vorstellbar ist auch, dass Obama die völkerrechtswidrige Einstufung der Guantanamo-Häftlinge als «rechtlose Kämpfer» korrigiert und ausdrücklich anerkennt, dass die Genfer Konventionen auch für diesen Personenkreis uneingeschränkt gelten. Zudem könnte Obama einen konkreten Zeitpunkt für die Schliessung Guantanos benennen.

Mit derartigen Massnahmen gleich zu Beginn seiner Amtszeit würde Obama weltweit auf Beifall stossen

Fortsetzung von Seite 1

Ein afrikanischer Amerikaner wurde zum Präsidenten der USA gewählt! Alles ist möglich! Wir werden unsere Wirtschaft aus den Händen der rücksichtslosen Reichen befreien und sie dem Volk wiederaneignen können. Alles ist möglich! Garantierte Gesundheitsversorgung für alle Bürger ist möglich. Alles ist möglich! Wir können das Abschmelzen der Polkappen stoppen. Alles ist möglich! Die Kriegsverbrecher werden zur Rechenschaft gezogen. Alles ist möglich.

Der Weg war weit. Man hat diesem Land massive Zerstörungen zugefügt – ganz zu schweigen davon, dass viele seiner Bürgerinnen und Bürger ihre Jobs verloren haben oder bankrott sind, weil sie medizinische Rechnungen bezahlen mussten und ganz zu schweigen von denen, die einen geliebten Menschen verloren haben, der in den Irak geschickt wurde. Wir werden uns nun daran machen, den Schaden zu beheben. Es wird nicht leicht sein.

Aber was für ein Start! Barack Hussein Obama ist der 44. Präsident der Vereinigten Staaten. Nein, im Ernst, wow.

(Übersetzung Andrea Noll/zmag.de)



«Wechsel. Wir glauben daran.» – Offizielles Wahlplakat der Obama-Kampagne (Quelle www.barackobama.com)

und die Voraussetzungen verbessern für die Bewältigung der fünf grössten aussenpolitischen Herausforderungen, die zumindest seine erste Amtszeit bestimmen dürften: Irak, Afghanistan, Russland, Iran sowie Israel/Palästina.

Irak und Afghanistan

Im Irak wird Obama nur einen Wandel bewirken, wenn er über den versprochenen Abzug aller 75 000 Kampftruppen («combat troops») innerhalb von 16 Monaten auch die übrigen 75 000 US-Soldaten abzieht und sämtliche US-Militärstützpunkte schliesst. Mit Blick auf Afghanistan kündigte Obama im Wahlkampf zwar eine Eskalation des – auch nach Einsicht führender US-Militärs – längst gescheiterten Krieges gegen die Taliban an sowie Druck auf Deutschland und andere NATO-Verbündete, sich noch stärker als bisher mit eigenen Truppen an diesem Krieg zu beteiligen. Seit der Wahl gibt es jedoch einige Äusserungen aus dem Umfeld Obamas, wonach die künftige US-Regierung doch zu einem grundlegenden Strategiewechsel in Afghanistan und zur Beendigung des Krieges bereit sein könnte.

Russland: Verhandlungen über Rüstungskontrolle?

Anlass zu vorsichtiger Hoffnung gibt auch der Umstand, dass Obama nach seinen Telefonaten mit den Präsidenten Polens und Georgiens deren Behauptungen dementieren liess, er habe seinen beiden künftigen Amtskollegen die Fortführung des «Raketenabwehr»-Projekts in Polen und Tschechien sowie der Bemühungen um eine Aufnahme Georgiens und der Ukraine zugesagt. Ein Verzicht Obamas auf diese beiden Vorhaben wäre die wichtigste Voraussetzung, um die politische Konfrontation mit dem wiedererstarnten Russland zu deeskalieren und einen neuen Rüstungswetlauf zwischen Washington und Moskau zu vermeiden. Hilfreich hierfür wäre

auch, wenn Obama sein Wahlkampfversprechen, neue Rüstungskontrollverhandlungen mit Russland aufzunehmen (u. a. über Weltraumwaffen sowie überein Nachfolgeabkommen für den 2009 auslaufenden START-Vertrag zur Begrenzung strategischer Atomwaffen), möglichst schnell in die Tat umsetzen würde.

Iran

Am vordringlichsten wäre eine Kurskorrektur der amerikanischen Iran-Politik, mit der eine Deeskalation und die Beilegung des Konflikts um das iranische Atomprogramm ermöglicht und ein Krieg mit Teheran verhindert wird. Obama kann dies erreichen, wenn er sich, wie im Wahlkampf mehrfach versprochen, ohne Vorbedingung mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadineschdad trifft. Und wenn er die ultimative und kontraproduktive Forderung an Teheran, die Anreicherung von Uran vollständig und dauerhaft einzustellen, aufgibt. Zu dieser Kurskorrektur raten dem neuen Präsidenten in Washington führende aussenpolitische Experten aus dem liberalen wie aus dem konservativen Lager.

Israel / Palästina

Eine Normalisierung des Verhältnisses zu Iran würde Präsident Obama auch die politische Bewegungsfreiheit verschaffen, um endlich eine gerechte und tragfähige Friedenslösung des israelisch-palästinensischen Konflikts herbeizuführen. In dieser Frage hat



McCain und Obama in derselben Tasche der proisraelischen Lobby?

Obama bislang allerdings die grössten Zweifel geschaffen, ob er überhaupt einen Wandel der amerikanischen Politik will.

Sein Wahlkampfversprechen vor AIPAC, der einflussreichsten Lobbyorganisation der israelischen Regierung in den USA, er werde sich einsetzen für «Jerusalem als ungeteilter Hauptstadt des jüdischen Staates Israel», steht im Widerspruch zum Völkerrecht und fällt noch hinter die Bush-Politik zurück. Im besten Fall waren diese Aussagen reine Taktik Obamas, um zumindest bis zum Wahltag eine gegen ihn gerichtete Kampagne der israelischen Regierungslobby zu verhindern, die ja bereits im Vorwahlkampf Hillary Clinton unterstützt hatte.

Zweifelhafte

Personalentscheidung

Bestärkt wurden die Sorgen vieler für einen gerechten Nahostfrieden Engagierter inzwischen allerdings durch Obamas erste Personalentscheidung, mit der er den israelischstämmigen Rahm Emanuel zu seinem Stabschef im Weissen Haus ernannte. Doch im besten Fall war auch diese Entscheidung ein geschickter Schachzug des künftigen Präsidenten aus der Überzeugung, dass – wenn überhaupt – eine Kurskorrektur der amerikanischen Nahostpolitik innenpolitisch (gegen Widerstände im Kongress) und aussenpolitisch (gegen eine israelische Regierung, die nach den Wahlen im Februar möglicherweise von dem Hardliner Benjamin Netanjahu angeführt wird), nur mit solchen Personen an den Schaltstellen der Macht durchsetzbar ist.



Aus für das KZ von Guantanamo? Obama hats versprochen... (Foto Getty Images)

Ohne Bush kein Obama

Wahlhelfer Bush

Bringt Obamas Sieg nachhaltige Veränderungen über die Symbolwirkung hinaus? Der afro-amerikanische Journalist Mumia Abu-Jamal ist skeptisch.

Von Mumia Abu-Jamal

Barack Hussein Obama, Senator der Demokratischen Partei im US-Bundesstaat Illinois, wird am 20. Januar 2009 sein Amt als 44. US-Präsident übernehmen. Bezogen auf einen anderen Aspekt ist er allerdings die Nummer eins: Er ist der erste afro-amerikanische Präsident in der Geschichte der USA. Niemand kann bestreiten, dass dies eine bislang einzigartige politische Errungenschaft ist, Ergebnis seiner beeindruckenden politischen Fähigkeiten und zugegebenermassen ein Geschenk des politischen Götterhimmels. In der Besucherzelle im Todestrakt habe ich während der letzten Wochen vor Freunden gern diesen Scherz gemacht: Nachdem Obama seinen Wahlsieg mit Leichtigkeit errungen hat, tritt er vor seine Anhänger, um zu erklären, dass er die Wahl annahme. Noch benommen vom Erfolg, getragen vom «politischen Kapital» seines Erdrutschsieges, beginnt er seine Rede mit den Worten: «Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, zuallererst und vor allen anderen möchte ich dem Manne danken, der meine Wahl möglich, ja vielleicht sogar unausweichlich gemacht hat: George W. Bush!»

Wie alle guten Scherze, schöpft er seinen Humor aus der Wahrheit. Denn es ist unbestreitbar wahr, dass nur das völlige Versagen seines Amtsvorgängers es Obama ermöglicht hat, sich überhaupt als Kandidat seiner Partei aufstellen zu lassen und am Ende sogar seine sehr ehrgeizige innerparteiliche Gegenkandidatin auszustechen. Obamas wichtigster Vorteil war, dass er sich schon frühzeitig gegen den Irak-Krieg ausgesprochen hatte. Das gab ihm den Rückenwind, der ihn an seinen Konkurrenten vorbeiziehen liess, weil sie zum Krieg nur halbherzige Stellungnahmen abgaben oder sich sogar als offene Befürworter hervorgetan hatten. Die schlimmsten unter diesen politischen Kräften waren jene, die sich nur deshalb für den Krieg ausgesprochen hatten, weil eine Ablehnung ihrer Meinung nach ihrer politischen Karriere geschadet hätte. Mit diesem Wind in den Segeln erreichte Obama den Hafen des Oval Office, dem höchsten Amt, das man in der Politik der Vereinigten Staaten erreichen kann.

Hoher Symbolwert

Wenn wir nach der Bedeutung dieses Sieges fragen, dann können wir nicht leugnen, dass er von hohem Symbolwert ist. In unzähligen afroamerikanischen Familien wird Obamas Foto neben den Konterfeis von Martin Luther King und John F. Kennedy und einem Bildnis des bleichgesichtigen Jesus Christus einen Ehrenplatz bekom-

men. Und sicher wird nicht nur in Kenia, sondern auch in anderen afrikanischen Ländern künftig ein Foto des lächelnden Barack Obama zahlreiche Wände zieren.

Aber neben der Symbolwirkung von Obamas Wahlsieg geht es vor allem um die Substanz der Veränderungen, die seine Wähler sich von seiner Amtszeit erwarten. Und hier warnen schon einige Wissenschaftler davor, dass sich Obamas Politik nicht grundlegend von der seiner Vorgänger unterscheiden wird. Der Politikwissenschaftler Dr. Clarence Lusane von der American University in Washington D.C. verwies schon in der Frühjahrsausgabe 2008 der Zeitschrift The Black Scholar auf die Geldgeber, die hinter Obama und seiner Demokratischen Partei stehen, und erklärte dazu: «Die Stärkung der US-Hegemonie, Erweiterung der Märkte für US-Unternehmen, auf Sicherheit aufbauende multilaterale Beziehungen, eine protektionistische Handelspolitik und eine Fokussierung auf den Terrorismus werden voraussichtlich die Schlüsselprioritäten sein, die die politischen und wirtschaftlichen Hauptsponsoren der Demokratischen Partei einfordern werden. Anders gesagt, eine Obama-Regierung wird auf den wesentlichen Politikfeldern in die Fussstapfen von George H. W. Bush und Bill Clinton treten.»

(Übersetzung: Jürgen Heiser/jw)

In Kürze

Obamas Stabschef

Rahm Emanuel, dem Obama den Job als Stabschef im Weissen Haus angeboten hat, sitzt im US-Repräsentantenhaus auf der viertwichtigsten Position und im politischen Geschäft wird ihm eine an Skrupellosigkeit grenzende Härte nachgesagt. Als Vorsitzender des Wahlausschusses der Demokraten hatte Emanuel 2006 in seinem Buch «Der Plan: Grosse Ideen für Amerika» auch seine aussenpolitischen Vorstellungen präsentiert, die nun unter Obama umgesetzt zu werden drohen. Emanuel distanziert sich nicht nur nicht von Bushs militaristischen Abenteuern, sondern will den «Krieg gegen den Terror» mit einer besseren Strategie gewinnen. Ziel bleibt, dass die USA «den Kampf der Welt gegen die Verbreitung des Bösen und des Totalitarismus anführen müssen, aber wir müssen aufhören zu versuchen, diese Schlacht auf uns allein gestellt zu gewinnen». Deshalb setzt er, wie Obama, auf eine stärkere Einbindung der Verbündeten. (R.Rupp/Junge Welt)

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
27. November 2008

Obamas Wahl aus israelischer Sicht

Ja, Du kannst es!

Obama ist ein grosser Politiker, sagt Friedensveteran Uri Avnery aus Israel. Nach seiner Definition ist ein grosser Politiker ein Politiker, der nicht nach einem Politiker aussieht: «Wie Abe Lincoln, wie Mahatma Gandhi, wie Franklin Delano Roosevelt, wie David Ben Gurion – sie alle sind grosse Spieler auf der politischen Bühne gewesen, Politiker von Kopf bis Fuss. Aber sie sahen nicht so aus. Ich denke, Obama ist einer von ihnen.»

Von Uri Avnery

Im Juli 2004 stand der Parteitag der Demokratischen Partei an, auf dem John Kerry zum nächsten Präsidentschaftskandidaten gekürt werden sollte. Das Organisationskomitee musste entscheiden, wer die Schlüsselrede halten sollte. Nach der amerikanischen Tradition gibt diese Rede den Grundton für den gesamten Parteitag an. «Vielleicht sollten wir dieses Mal einen schwarzen Redner haben?» fragte jemand. «Eine gute Idee», antwortete der Vorsitzende, «aber wen?»

Mit zögerlicher Stimme sagte jemand, er habe neulich in Chicago einen jungen Burschen mit einem komischen Namen getroffen: «Er ist schwarz und ein ausgezeichneter Redner. Vielleicht sollten wir es mit ihm versuchen?»

Ich weiss nicht, wer diese Person war und ob solch ein Gespräch stattgefunden hat. Wenn es so war, dann hat dieser Jemand Geschichte gemacht.

Obamas Rede bei jenem Parteitag vor nur vier Jahren war eine Sensation. Sie inspirierte seine bedrängte Partei und ganz Amerika. Er brachte eine ermutigende Botschaft, eine Botschaft der Hoffnung und vor allem eine einigende Botschaft. Ihr Hauptmotiv war: Lasst uns Amerika wieder vereinigen!

Es schien, dass von den Hunderten von möglichen Botschaften dies die eine war, die das Herz der zerrissenen amerikanischen Nation berührte. Zwischen dem Redner und der Hörerschaft kam es zu einer Verbindung – zu der mystischen Verbindung, um die jeder Redner kämpft, und die nur wenige erlangen. Es ist die Verbindung mit der Geheimnis umwitterten Sache, die ein deutscher Philosoph «den Zeitgeist» nannte.

Obama fühlte, dass er die Verbindung zur amerikanischen Seele geknüpft hatte. Von diesem Moment an liess er von dieser Botschaft nicht mehr ab. Er hielt während der langen Wahlkampagne daran fest. Sie brachte ihm den Sieg.

Fest wie ein Felsen

Das war nicht einfach. Als jemand, der mehrere unendlich viel kleinere Wahlkampagnen gemanagt hat, weiss ich, wie schwierig es ist, ein festes Thema zu bestimmen und noch schwieriger, selbst dran zu bleiben.

Im Lauf der Wahlkampagne gibt es unzählige Versuchungen, von der zentralen Botschaft abzuweichen, um auf Dinge zu reagieren, die gerade geschehen, vorübergehende Gelegenheiten zu ergreifen oder auf Angriffe von Gegnern zu reagieren. Es ist schwierig, sich zu beherrschen und den Kurs zu halten.

In der vergangenen Woche rühmten viele Leute Obamas Kampagne. Ich bin mir nicht sicher, ob sie alle begriffen haben, wie recht sie hatten. Er blieb cool, als er hätte zornig werden können; er hätte auf Diffamierungen und Beleidigungen scharf antworten und mit derselben Münze heimzahlen können. Er tat es nicht. Er blieb bis zum Ende fest wie ein Felsen. John McCain andererseits wollte sich als Vorbild präsentieren – er ein Kriegsheld, ein netter Kerl, ein Symbol von Anstand. Aber mehrere Male liess er sich herab und diffamierte. Er brachte diese vulgäre Lieferantin von Schmähungen mit sich, Sarah Palin. Im allerletzten Augenblick erlaubte er seinen

Anhängern, in Florida ein ekelhaftes Inserat zu veröffentlichen, das Obama anklagte, ein Freund Fidel Castros zu sein und heimlich zu planen, die US in ein zweites Cuba zu verwandeln. Allein dafür hat er es verdient, zu verlieren – und das war es dann auch, was geschah.

Obama jagte nicht dem Glück hinterher. Das Glück verfolgte ihn. Das Palin-Phänomen, ein unglaublich dummer Akt seines Opponenten, brachte ihm die Stimmen der Frauen ein. Der wirtschaftliche Kollaps, der sich auf der Höhe der Wahlkampagne ereignete, sicherte ihm den Sieg. Alle Teile der amerikanischen Gesellschaft schrieten nach einer ermutigenden Botschaft, einer Botschaft der Rettung.

Kein Jubel in Tel Aviv

An Hunderten von Orten rund um die Welt lief die jubelnde Menge auf die Strasse, um ihrer Freude über die Wahlergebnisse Ausdruck zu verleihen. In jenen Momenten wurde der Kontakt mit der Welt, den die groben Hände von Bush abgeschnitten hatte, wieder hergestellt.

In Tel Aviv fand keine solche Feier statt. In ganz Israel herrschte bedrückte Stimmung. Das offizielle Israel war wegen des neuen Mannes beunruhigt.

Wenn es auf dem zentralen Platz in Tel Aviv ein Fest gegeben hätte, wäre ich sicher dabei gewesen. Aber meine Freude wäre nicht ungetrübt gewesen, weil ich mich an das erinnert hätte, was auf demselben Platz neun Jahre zuvor geschehen war. Zu dieser Zeit hatte unser Barak – Ehud Barak – die Wahlen gerade gewonnen. Das Land tat einen Seufzer der Erleichterung, so wie in dieser Woche in den USA. Es schien wie ein Tag der Erlösung. Binyamin Netanyahus Amtszeit war eine vollkommene Katastrophe, ein Alptraum von Korruption, Polarisierung und schlimmstem Versagen. Barak erschien wie ein Retter. Hunderttausende jubelnder Menschen strömten zum Rabinplatz, ohne dass jemand dazu aufgerufen hätte. Sie tanzten, sangen, freuten sich und hörten der Rede Baraks, des Erlösers, zu.

Jeder weiss, was danach geschah. Innerhalb weniger Monate brachte Barak die Bevölkerung dazu, ihn zu verabscheuen. Er versagte auf der ganzen Linie und begrub alles, was Yitzhak Rabin aufgebaut hatte. Das Volk wandte sich von ihm ab und reichte die Krone an Ariel Sharon weiter. Die ganze Episode dauerte weniger als zwei Jahre.

Kein israelischer Obama in Sicht

In drei Monaten werden in Israel allgemeine Wahlen stattfinden. Einen Barack Obama wird es bei uns nicht geben.

Obama ist ein grosser Politiker. Nach meiner Definition ist ein grosser Politiker ein Politiker, der nicht nach einem Politiker aussieht. Wie Abe Lincoln, wie Mahatma Gandhi, wie Franklin Delano Roosevelt, wie David Ben Gurion – sie alle sind grosse Spieler auf der politischen Bühne gewesen, Politiker von Kopf bis Fuss. Aber sie sahen nicht so aus. Ich denke, Obama ist einer von ihnen.

Der Mann, der sich in Israel bei den nächsten Wahlen gute Chancen auf den Sieg ausrechnen kann – Binyamin Netanyahu – ist genau das Gegenteil. Aus jeder Pore strömt schäbige Politik. Während seiner letzten Amtszeit

als Ministerpräsident war er ein hoffnungsloser Misserfolg. Falls er gewinnen sollte, wird sich nichts zum Besseren verändern.

Ehud Barak ist eine weitere Antithese des amerikanischen Barack. Wie Netanyahu und Zipi Livni gehört er zur «weissen» Ashkenazi-Elite. Er hat keine emotionale oder andere Verbindungen mit den Minderheiten. Er ist ein Militarist durch und durch. Er nützte z.B. die Nacht von Obamas Wahl – als die ganze Welt gebannt auf Amerika blickte – dazu aus, die Waffenruhe zu verletzen und eine provokative Militäraktion im Gazastreifen durchzuführen.

Es bleibt noch Zipi Livni. Ist etwas von Obamas Ausstrahlung an ihr hängen geblieben? Kaum zu sagen. Sie ist keine grosse Rednerin. Sie ist überhaupt keine Rednerin und manche Israelis sehen darin einen Vorteil. Aber sie verspricht «neue Politik». Sie war nie in Korruptionsskandale verwickelt wie der amtierende Ministerpräsident und Netanyahu und Barak. Sie hat keine militärische Aura. Ihre Amtszeit als Aussenministerin hat ihr einige Glaubwürdigkeit als Diplomatin eingebracht.

Das einzige, was fast alle Israelis vereint, ist die grosse Bedeutung, die guten Beziehungen mit den USA aufrecht zu erhalten. Jeder weiss, dass die augenblickliche Politik nur so lange möglich ist, solange es unbegrenzte amerikanische Unterstützung gibt. Unter den drei Kandidaten scheint Zipi Livni diejenige zu sein, die am ehesten in der Lage ist, mit dem neuen

Präsidenten zusammen zu arbeiten. Die Wahl Obamas kann ihr bei ihrer eigenen Wahl behilflich sein, wenn sie es versteht, diese Gelegenheit recht auszunützen.

Der Einfluss der Zionisten Die Frage ist: welche Politik wird Obama gegenüber Israel führen?

Jerusalem ist besorgt, aber die Sprecher beruhigen sich selbst und die Öffentlichkeit mit dem hebräischen Sprichwort, dass «der Dämon nicht so schrecklich ist». Der neue Kongress ist anders als der letzte, was das Gleichgewicht der Kräfte betrifft, aber seine Furcht vor der Pro-Israel-Lobby wird unverändert sein. Der Einfluss der zionistischen Evangelikalen wird zwar viel geringer sein, aber die AIPAC (American Israel Public Affairs Committee) ist «alive and kicking», und ihre Tritte werden wie immer schmerzhaft sein.

Falls es einen Wandel geben wird, wird er wahrscheinlich langsam und schrittweise vor sich gehen. Aber selbst dies wäre schon bedeutsam.

Chancen für Fortschritt in Richtung eines israelisch-palästinensischen Friedens wird es ohne amerikanischen Druck auf die israelische Regierung nicht geben. Das hat Jahrzehnte lang gegolten und gilt auch heute noch.

Alle amerikanischen Präsidenten nach Dwight Eisenhower fürchteten sich, solch einen Druck auszuüben. Diejenigen, die es versuchten wie Richard Nixon zu Beginn seiner Amtszeit, zogen diesen schnell wieder zurück. Die einzige Ausnahme

war Bush Senior oder vielmehr sein Staatssekretär James Baker, aber dessen Druck (auf den Geldbeutel) dauerte auch nicht lange.

Effektiver amerikanischer Druck muss nicht notwendigerweise brutal sein. Er sollte sanft sein, aber entschieden und fest. Dies würde zu Obamas Temperament passen.

Wenn die neue amerikanische Regierung sich entscheidet, die amerikanischen nationalen Interessen im Nahen Osten neu zu überdenken, und zu dem Schluss kommt, dass der israelisch-arabische Friede ein wesentliches Erfordernis der Nach-Bush-Ära ist, dann muss der neue Präsident den neuen Ministerpräsidenten von dieser Tatsache informieren und höflich, aber eindeutig darum bitten, den Siedlungsbau einzufrieren und mit neuen Verhandlungen zu beginnen – und dieses Mal nicht nur, um die Zeit zu vertreiben, sondern um noch 2009 ein endgültiges Abkommen zu erreichen.

Viele Israelis würden ihm dafür danken. Es ist sogar möglich, dass auch unser nächster Ministerpräsident /unsere nächste Ministerpräsidentin ihm in einem verborgenen Winkel seines/ihrer Herzens danken wird.

Wird der neue amerikanische Präsident dies tun? Ist Barack Obama dazu in der Lage?

Es gibt nur eine mögliche Antwort darauf: Ja, Du kannst es!

(Aus dem Englischen von Ellen Rohlfis und Christoph Glanz, vom Verfasser autorisiert, von uns mit Zwischentiteln versehen und leicht gekürzt.)

Brief an Obama von Edna Canetti

Obama, ich bitte Dich, tu mir einen Gefallen

Komm und rette uns vor uns selbst, schreibt Edna Canetti dem frischgewählten US-Präsidenten Barack Obama in einem offenen Brief. Canetti ist Aktivistin der israelischen Frauengruppe Machsom Watch, die die militärische Besetzung der seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete bekämpft, indem sie die israelischen Soldaten an den Strassensperren im Westjordanland «belästigt».

Von Edna Canetti

Obama, mein Lieber, man sagt hier, dass du die Welt verändern willst. Tu mir einen Gefallen: komm und verändere mein persönliches Leben.

Komm nach Israel, packe seine dumme Führerschaft an der Gurgel und nimm seinen Fuss vom Nacken eines anderen Volkes. Komm und zwinge uns, das zu tun, was klar ist und geschrieben und angebracht und notwendig – komm und hol uns aus den besetzten Gebieten heraus, wenn nötig, tu es mit einem Lächeln, das die Millionen Dollar Zähne zeigt. Wenn nötig fletsche sie und zwinge uns.

Mach es so, dass ich morgens nicht so früh aufstehen muss – was ich wirklich hasse – um zu den Kontrollpunkten zu gehen, um dort zu beobachten und zu weinen. Mach es so, dass ich keine 19jährigen Kinder sehen muss, die man glauben gemacht hat, sie verteidigen ihre Heimat, wenn Sie ihre Waffen auf fünfjährige Kinder richten.

Mach es so, dass – während meine Töchter eine halbe Stunde duschen – ich nicht an die Ayad-Familie in Awarta denken muss, die unter jedes Becken Eimer stellt, um das Wasser noch einmal zu benützen, weil es kostbarer als Gold ist. Weil die Siedlungen das Wasser angeblich nötiger brauchen als die Palästinenser.

Mach es so, dass ich – wenn ich in einem Verkehrsstau stecke – nicht an die riesige Zahl der Autos denke, die vor Tul Karem warten, weil jedes einzelne von Soldaten und Hunden kontrolliert wird, weil es eine Warnung gab, dass Tul Karem in die Luft gejagt werden soll.

Mach es so, dass ich – wenn meine Schwester schnell mit Rotlicht zur Geburt ihres Kindes ins Krankenhaus gefahren wird – ich nicht an die in Wehen befindlichen Frauen oder die Herzkranken und Verletzten denken muss, die vor Nablus angehalten werden, weil ihr Fahrzeug keinen Passierschein haben.

Mach es so, dass ich – wenn ich auf der Strasse einen Soldaten in Uniform sehe – mich nicht fragen muss, was er die letzte Nacht getan hat: welches Haus er mit spezieller Prozedur betreten, d.h. aus «taktischen» Gründen vorüber besetzt hat, welchen Jungen er in den Gassen von Hawara schlug, weil er in falscher Weise lächelte.

Mach es so, dass ich – wenn ich morgens den Nachrichtensprecher höre – nicht seine Befriedigung heraushöre, wenn er von den sechs durch die IDF getöteten Terroristen berichtet.

Obama, mein Lieber, in diesem Herbst ging ich nicht zur Olivenernte. Ich arbeitete nicht draussen. Ich möchte nicht unter schlechtem Gewissen leiden, weil ich nicht genug tue, dass ich mein eigenes Leben lebe, meine Karriere im Blick habe, während für das andere Volk alleine das sichere Nach-Hause-kommen schon wie eine Karriere ist.

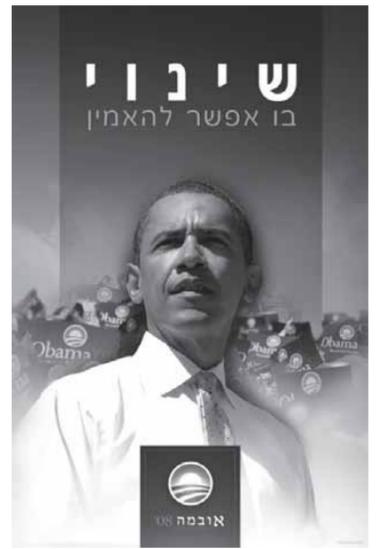
Bitte, befreie mich von diesem Schmerz, den ich ständig tief in mir spüre. Er lässt mich nicht los. Ich kann mich nicht mehr über mein Leben, meine Kinder und Freunde freuen, weil ich in Gedanken bei dem Hirten in Baqa bin, der dort vor dem verschlossenen Tor steht und vor Kälte zittert, weil der Rothaarige (Soldat) mit dem Schlüssel nicht kommt, oder

bei dem gefesselten Jungen mit den verbundenen Augen oder an das dreijährige Mädchen, das vom engen Drehkreuz am Kontrollpunkt einen Schlag auf den Kopf erhielt oder an die Erdwälle und Betonklötze, die als Strassensperren das Leben so vieler Leute unmöglich machen.

Komm, Obama, komme und rette uns vor uns selbst.

Und wenn es stimmt, was man sagt, dass Du kein Freund Israels bist, dann sei kein Freund. Wir hatten schon Freunde, die uns mit Waffen versorgten und jeden Horror, den wir ausführten, rechtfertigten – und rette uns vor den Internationalen Gerichtshöfen. Sei ein wirklicher Freund. Rette uns vor uns selbst. Tu es nicht für die Welt, tu es für mich, damit ich Frieden habe. Du bist es mir schuldig. Ich glaube zwar nicht an Gott – aber ich bete für dich.

(Übersetzung aus dem Englischen von Ellen Rohlfis / Quelle zmag.de)



«Wechsel. Wir glauben daran.» – Obama-Kampagne auf Hebräisch.

Kuba setzt auf Entspannung

Sympathie ohne Illusionen

In Havanna hat man bisher offizielle Kommentare zu Wahlen in den USA von Regierungsseite vermieden. Aus ihren Sympathien im jüngsten Rennen um das Weisse Haus machten die Kubaner diesmal jedoch keinen Hehl.

Von Leo Burghardt

In einem kleinen Kasten auf der Titelseite kündigte die kubanische Parteizeitung «Granma» am 5. November an, dass sie sich auf Seite fünf mit «Obama im Weissen Haus» beschäftigen werde. Auf Seite fünf zwar nur, dafür mit einem Text über die ganze Seite. Autor war Ramón Sánchez-Parodí, der elf Jahre die kubanische Interessenvertretung in Washington geleitet hatte. Es war seine fünfte und wahrscheinlich letzte Kolumne zum Thema.

Auch Fidel Castro hatte sich in einigen seiner Artikel für die Medien mit den Wahlen in den USA befasst und war so weit gegangen, Obama zu bestätigen, dass dieser intelligenter und seriöser als sein Rivale sei. Kubas Aussenminister Pérez Roque kommentierte sogar während der UNO-Vollversammlung «den Fall», da allerdings vorwiegend auf den Hasardeur George W. Bush bezogen, der die Vereinigten Staaten an den Rand des Ruins manövriert hat. Dessen Komplizen, den Republikaner John McCain, als Nachfolger zu wählen, sei der reine Wahnsinn.

Bislang war Kuba viel zurückhaltender, wenn es um Wahlen in den USA ging. Auch war man unausgesprochen eher geneigt, einen Republikaner in Kauf zu nehmen. Der war berechenbarer als ein Demokrat, von ihm war nichts Positives zu erwarten, man konnte sich von vornherein auf

Scharmützel und Schlimmeres vorbeireiten. 70 Prozent der Emigranten, die der kubanischen Revolution den Rücken gewandt hatten, wählten republikanisch. Aus ihren Reihen stammten die fanatischsten konterrevolutionären Scharfmacher. Die sind inzwischen weggestorben oder sind von dem Dilettanten Bush derart enttäuscht worden, dass selbst diese Bank der Republikaner kaputt ging. Obama gewann auch in Florida, wo die meisten der Kubano-Amerikaner sich häuslich eingerichtet haben. Trotzdem musste Obama aufpassen: Ein einziges Mal nur erwähnte er in einer seiner Wahlversammlungen im mittleren Westen, er könne sich vorstellen, die Kuba-Blockade zu lockern und sich möglicherweise mit führenden kubanischen Funktionären zu treffen. Sein Rivale McCain und dessen Anhänger hatten ihn daraufhin händereibend als Kommunisten oder Sozialisten bezeichnet.

Das Thema Kuba spielte im Wahlkampf ohnehin keine herausragende Rolle. Alle anderen gigantischen Probleme, die Bush hinterlässt, werden weit mehr Zeit und Energie von Obama und seinem Team abfordern als die kleine Nachbarinsel, mit der der Versuch einer Normalisierung der Beziehungen vergleichsweise fast ein Kinderspiel wäre – wenn die tonangebenden Kräfte im Weissen Haus und im Kongress begriffen hätten, dass das nicht von heute auf morgen möglich ist und die US-amerikanische

Seite auf Vorbedingungen verzichten würde.

Andernfalls wird mit Kuba, so Aussenminister Roque, auch in den kommenden 50 Jahren nichts zu machen sein, zumal sich die Konstellationen in Lateinamerika und der Karibik gründlich verändert haben. Und zwar nicht zugunsten Washingtons.

Auch dass sich die Europäische Union schliesslich doch recht schnell entschlossen hat, nach sinnlosem Hickhack mit Havanna wieder einigermassen ins Reine zu kommen, hat sicherlich etwas damit zu tun, meint man in Kuba.

Obama wird sich hüten, all das wieder hervorzukramen, was bei seinen Vorgängern, nicht nur bei Bush, nach hinten losging. Obamas Slogan Nummer 1 lautete «Wandel». Es gibt wohl niemand auf der Welt, der ihn beneidet. In Kuba richtet man sich dem Vernehmen nach auf «kleine, oft verdeckte Schritte» ein. Man bringt ihm Sympathie entgegen – ohne Illusionen. Präsident Raúl Castro sagte dieser Tage, Kuba werde seine bewaffneten Kräfte nicht einen Moment aus ihrer Verteidigungsbereitschaft entlassen.

Die USA sind in Lateinamerika und der Karibik fast überall isoliert, nicht aber Kuba. Das stärkt die Position Hannas. Die Menschen auf der Insel, geneigt, über alles Witze zu machen, amüsieren sich. Ein historischer, begrüssenswerter Sieg des demokratischen Kandidaten. Richtig. Aber was dem allen die Würze gibt? «Ein Schwarzer im Weissen Haus...»

(Quelle: ND)

Tschechien: Radar-Gegner hoffen auf Obama

Aus für Stationierungsplan?

Im tschechischen Brdy soll ein Radarsystem für den US-Raketenschild in Europa entstehen. Über zwei Drittel der Bevölkerung sind dagegen.

Von Jindra Kolár

Eine Hoffnungswelle geht nach der Wahl von Barack Obama zum neuen US-Präsidenten durch die tschechische Bevölkerung: Die umstrittene Radaranlage, die zu George W. Bushs Raketenabwehrsystem gegen die «Mächte des Bösen» auf dem tschechischen Truppenübungsplatz Brdy installiert werden sollte, könnte noch vor der Ratifizierung der Verträge abgesagt werden.

Zunächst aber ist erst einmal die Karriere des US-amerikanischen Botschafters Richard Graber in Prag beendet. Der republikanische Rechtsanwalt aus Wisconsin war einer der Vorreiter des Stationierungsplanes der Bush-Administration. Er hoffe, so äusserte er sich nach dem Wahlausgang in den USA, dass die weiteren Verhandlungen ohne Emotionen und im Interesse der Sicherheit der USA und Tschechiens geführt würden.

Allerdings dürfte sich das nicht ganz so komplikationslos darstellen, wie es sich Graber wünschte. Die Reihen der Regierung von Mirek Topolánek beginnen zu bröckeln. Die Koalition verfügt mit 100 Stimmen ohnehin nur über die Hälfte der Abgeordnetenmandate des tschechischen Parlaments. Aus den Reihen der Grünen Partei – einer der Koalitionspartner der Bürgerlichen Demokraten (ODS) Topoláneks – wandten sich die Abgeordneten Vera Jakubkova und Olga Zubova mit einem Offenen Brief an den künftigen US-Präsidenten Obama. Das Schreiben dürfte in Regierungskreisen auf keinen Applaus stossen, denn die Grünen-Abgeordnete

ten verlangten darin nichts weniger, als den Plan zur Installation eines Radarsystems zu stornieren. In dem Brief, der eingeleitet ist mit den «besten Wünschen zur Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten», drückten die Abgeordneten ihre Besorgnis aus, eine Verschärfung der militärischen Konfrontation auf der Welt könnte den Frieden bedrohen. In dem Text hiess es dann auf das geplante Raketenabwehrsystem bezogen: «70 Prozent der tschechischen Bevölkerung wünschen kein Radarsystem auf dem Territorium unseres Landes.» Die Abgeordneten der Grünen Partei baten den designierten Präsidenten, das gesamte Vertragswerk nochmals zu überdenken.

Regierungschef Topolánek plant inzwischen, seine wegen des ODS-Debakels bei den Senatswahlen im Oktober verschobene Reise in die USA anzutreten. Dort will er sich von dem noch amtierenden Präsidenten

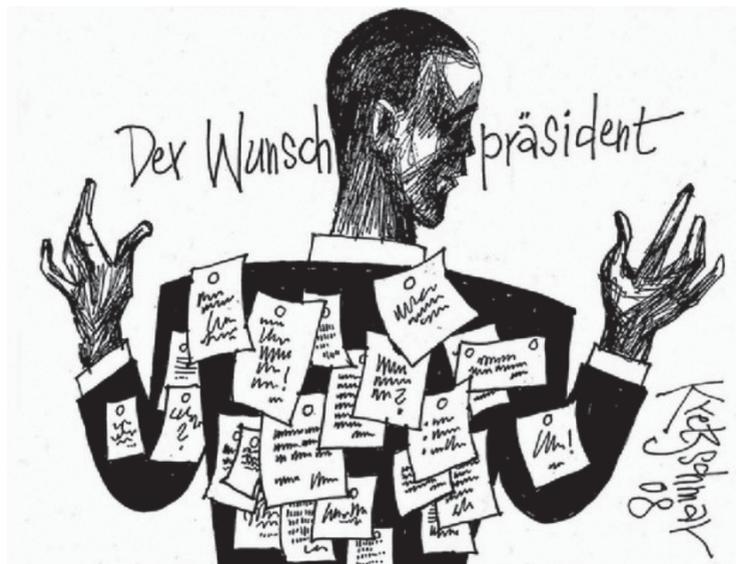
Bush verabschieden, mit dem er seinerzeit das Stationierungsabkommen ausgehandelt hatte. Noch vor wenigen Tagen wollte Topolánek das Abkommen vom tschechischen Senat bestätigen lassen – da verfügte er noch über eine Stimmenmehrheit von 41 der 81 Senatoren. Nach den Teilsenatswahlen vom 25. Oktober kann die ODS inzwischen aber nur noch 35 Senatoren stellen. Auch im Parlament ist in der gegenwärtigen Situation eine Ratifizierung des Stationierungsabkommens nicht durchsetzbar.

Der Unwillen des tschechischen Volkes, US-Truppen mitsamt einer Radaranlage im Herzen der Republik zu haben, dürfte sich nach den jüngsten Ankündigungen des russischen Präsidenten Dmitri Medwedjew noch verstärkt haben. Dieser hatte in seiner Rede zur Lage der Nation dargelegt, dass die russischen Truppen Raketenabteilungen im Kaliningrader Gebiet stationieren werden. Deren Ziele könnten sehr wohl auch die Basen in Polen und Tschechien sein.

(Quelle: ND)



Wut und Hoffnung der Bürger: Anti-Raketenschild-Demo in Brdy. Foto Getty Images



Wunschzettel für den Wunschkandidaten. (Kretschmar / Neues Deutschland)

Obamas «Wandel» nur Etikettenschwindel?

Fairness für Mumia

Am Beispiel des afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal könnte der Demokrat Barack Obama sein Wahlversprechen einlösen. Mumia Abu-Jamal, Mitglied der «Black Panther», wurde am 9. Dezember 1981 verhaftet und in einem skandalösen Unrechtsverfahren wegen angeblichem Polizistenmord zum Tod verurteilt. Sämtliche Bemühungen, ihm einen neuen Prozess zu verschaffen, sind trotz hanebüchener deutlicher Unschuldsbeweise bisher gescheitert. Die UW hat in den letzten Jahren immer wieder darüber berichtet.

Nachdem Barack Obama, der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei, die Wahl zum angeblich wichtigsten Regierungsmann der Welt gewonnen hat, verkündete er, dass der «Wandel» nun auch Amerika erreicht habe. «Welcher Wandel?», wäre zurückzufragen, um Missdeutungen und Fehlspekulationen vorzubeugen, besagt doch dieser Begriff zunächst nicht mehr als eine, womöglich den vermeintlichen Gesetzen des Notwendigen geschuldete Veränderung. Vorstellbar wäre unter einem solchen Wandel, die Kriegs- und Interventionspolitik der USA oder auch den rigiden Kampf gegen die Armen im eigenen Land, die in den zurückliegenden Jahren der Bush-Administration noch ärmer wurden, der letzten Störmanöver zu entledigen, die beispielsweise die US-Verfassung oder internationale Verträge und Verpflichtungen noch mit sich bringen.

Neuverhandlung

Um die Probe aufs Exempel zu machen und an einem konkreten Beispiel die Ernsthaftigkeit der eigenen guten Absichten zu untermauern, stünde es dem neuen US-Präsidenten, der der erste Amtsträger nicht-weisser Hautfarbe sein wird, gut zu Gesicht, sich um der Wahrung der amerikanischen Verfassungsgrundsätze willen für eine Neuverhandlung im Fall Mumia Abu-Jamal einzusetzen. Nun mag es zu den Gepflogenheiten des Weissen Hauses und seines jeweiligen Bewohners gehören, sich in die Belange der unabhängigen Justiz nicht einzumischen, doch wenn, wie Obama behauptet, eine Zeit des Wandels über die Nation hereingebrochen wäre, könnte er doch auch gleich in diesem Punkt eine Veränderung vollziehen. Als designierter US-Präsident könnte er selbstverständlich nicht der Entscheidung des höchsten Gerichtshofes, des US Supreme Courts, vorgreifen. Gleichwohl sollte es doch mit der hohen Würde seines Amtes vereinbar sein, in allgemein gehaltenen Sätzen den Verfassungsgrundsätzen klar den Vorzug zu geben.

Es geht um Leben oder Tod Bekanntlich hatte sich in diesem Fall sogar ein Bundesrichter in einem von ihm eigens veröffentlichten Minderheitenvotum für die Gewährung eines neuen Verfahrens ausgesprochen, weil durch die rassistische Geschworenenauswahl in dem gegen Mumia Abu-Jamal 1982 geführten Prozess dessen

in der Verfassung verankerte Rechte missachtet wurden. Für Abu-Jamal geht es inzwischen um Leben und Tod und keineswegs um die juristisch sicherlich interessante Frage, wie denn nun die Prozessführung von 1982 unter verfassungsrechtlichen Aspekten zu bewerten sei. Die Bezirksstaatsanwaltschaft von Philadelphia hatte bis am 19. November Zeit, vor dem Supreme Court Berufung gegen eine Entscheidung des Bundesberufungsgerichts einlegen, durch die die gegen Abu-Jamal verhängte Todesstrafe ausgesetzt wurde. Die Verteidigung wird spätestens am 19. Dezember abermals ein neues Verfahren beantragen. Wird dem ersten Antrag stattgegeben, der zweite jedoch abgelehnt, könnte, wie Abu-Jamals Hauptanwalt Robert R. Bryan kürzlich in einem Interview erklärte, Mumia Abu-Jamal innerhalb eines Jahres hingerichtet werden.

Barack Obama könnte den Vertrauensvorschuss, der ihm insbesondere auch unter afroamerikanischen Wählern gewährt wurde, wohl kaum überzeugender rechtfertigen als durch ein offenes Eintreten nicht etwa für die Freilassung Mumia Abu-Jamals, sondern lediglich dafür, ihm und seinen Verteidigern in einem neuen Verfahren die Chance einzuräumen, alle Beweise und Gegenbeweise, von denen sie glauben, die Unschuld des 1982 zum Tode verurteilten Journalisten beweisen zu können, vorzubringen. Sollte Barack Obama aus welchen Gründen auch immer darauf verzichten, sich in dieser oder ähnlicher Weise zu äussern, würde dies selbstverständlich den Verdacht nähren, dass es sich bei dem von ihm propagierten «Wandel» um nichts anderes als einen Etikettenschwindel handelt.

(Quelle: schattenblick.de)

Aktionstage

Zwischen dem 6. und 13. Dezember finden weltweit Aktionen zur Unterstützung und Freilassung von Mumia statt, u.a. in Bern (siehe unten).

Berner Demo für Mumia Abu-Jamal

Samstag, 13. Dezember 2008
Demonstration zur neuen US-Botschaft
Start: 14:00 Uhr, Neugasse, Bern

Bewaffnete israelische Schiffe entführen Fischer aus Gaza

Aushungerung konkret

1996 verhängte Israel eine Seeblockade gegen Gaza. Dabei wurde die 1994 von Israel akzeptierte Fischereizone von zwanzig illegalerweise auf zwölf nautische Meilen begrenzt. Zwischen 2002 und 2003 wurde die Fischereizone vor Gazas Küste noch einmal auf sechs Meilen halbiert.

Von Eva Bartlett

Am Abend des 18. November (Dienstag) sassen Adham und Mohammad al-Habeel im israelischen Verhörzentrum im Hafen von Ashdod fest. Die beiden 21 und 20-jährigen Söhne von Khalid al-Habeel waren zusammen mit dreizehn andern Fischern am Dienstagmorgen in den Gewässern, die zum Territorium des Gazastreifens gehören, gekidnappt worden. Bis zum frühen Mittwochmorgen liess man sie im Unklaren über die Anklagen. Sie wussten nicht, wann oder ob man ihnen ihre Boote – ihre Lebensgrundlage – zurückgeben würde.

Vater Khalid al-Habeel erzählt, was kurz vor der Verhaftung der Fischer geschah. «Es war knapp nach 10 Uhr morgens. Adham, der an diesem Tag Kapitän des Bootes war, rief mich in Panik an. Er sagte, ihr Boot sei von israelischen Marinebooten umstellt».

«Es sind viele Schiffe um uns herum, kein Ausweg», sagte Adham zu seinem Vater. Das Boot lag circa sieben Meilen vor Deir al-Balah, also mitten in Gaza.

Palästinensischen Fischern ist es erlaubt, bis zu 20 nautische Meilen vor der Küste Gazas zu fischen. So sieht es das Interimsabkommen von 1994 vor, das von Israel unterzeichnet wurde. Doch seit 1996 hat Israel die erlaubte Entfernung Schritt für Schritt verringert. Dies wird durch das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte (PCHR) dokumentiert. 1996 verhängte Israel eine Seeblockade gegen Gaza. Dabei wurde die akzeptierte Fischereizone illegalerweise auf 12 nautische Meilen begrenzt. Zwischen 2002 und 2003 wurde die Fischereizone vor Gazas Küste noch einmal auf 6 Meilen halbiert.

Adham und die anderen mehr als 3500 Berufsfischer, die in den Gewässern Gazas ihr Brot verdienen und auf diesen Verdienst angewiesen sind, sind es gewöhnt, von der israelischen Marine schikaniert zu werden. Doch der Vorfall am Dienstag war extremer als sonst.

«Normalerweise werden wir von einem grossen Schiff mit Soldaten und einem kleineren bewaffneten Boot umstellt. Sie schießen mit automatischen Gewehren auf unser Boot und darum herum und besprühen unser Boot mit Wasserkanonen. Wenn sie uns festnehmen wollen, müssen wir uns bis auf die Unterwäsche ausziehen, ins Wasser springen und zu ihnen herüberschwimmen. Sie ziehen uns aus dem Wasser, legen uns Handschellen an und bringen uns in ein israelisches Verhörzentrum oder sogar ins Gefängnis. Heute lief es anders. Es war das erste Mal, dass sie auf unsere Boote kamen», erklärte al-Habeel.

Khaleds Bruder, Abed al-Habeel und der Vater eines anderen verhafteten Fischers namens Rami (30) bestätigen diese Aussagen. Ihre grösste Sorge im Moment ist, was mit den Booten geschehen wird: «Man hat mein Boot schon einmal konfisziert. Das war vor drei Jahren. Die israelischen Soldaten verhafteten Rami, der 4 Meilen vor der Küste gefischt hatte. Sie haben ihn vier Monate gefangengehalten und unser Boot 70 Tage lang konfisziert. Das bedeutete einen grossen Verlust für uns. Als wir es endlich wiederbekamen, war es schwer beschädigt durch die Einschüsse der Soldaten. Die Netze, der Motor, alles war zerstört oder geklaut», sagte er. Der Gesamtverlust und die Schäden hätten sich auf eine Summe von \$40 000 belaufen.

«Wir haben nichts Falsches gemacht. Wir sind unschuldig. Wir versuchen nur, unseren Lebensunterhalt zu verdienen. Unsere Boote sind unsere einzige Einkommensquelle», so Vater al-Habeel. «Aber was können wir tun?» fragt er.

Wie man eine Krise schafft Die zwei Trawler der beiden al-Habeel-Familien – inklusive Ausrüstung – haben einen Wert von circa 280 000 US-Dollar. Alle in der Familie sind Fischer. Sie sind abhängig von den Einkünften durch den Fischfang und von den Fischen als Nahrung. Die Konfiszierung ihrer Boote ist ein herber Schlag für die Familien – und das in einer Region, die ohnehin von einer Blockade der Wirtschaft, der medizi-

lem auf zerbrechliche Komponenten, wie Glas – Glasscheiben und Maschinenteile aus Glas. Seit kurzem stinkt das Wasser aus den Wasserkanonen faulig, wie Abwasser. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem dokumentierte Aussagen von Fischern, die schikaniert und verhaftet wurden, deren Netze zerschnitten und deren Boote samt Ausstattung konfisziert wurden. Häufig werden die Boote mit unvollständiger Ausrüstung zurückerstattet und wichtige Teile sind zerstört, so dass hohe Reparaturkosten entstehen.

Was steckt hinter den Entführungen?

Am Mittwochvormittag (19. November) wurden alle 15 Fischer freigelassen und am Übergang Erez nach Gaza überstellt. Aber ihre Boote und die drei Internationalen Friedensaktivisten, die an Bord gewesen waren, blieben in den Händen der Israeli-

Mohammed bestätigt diesen Bericht und fügt hinzu: «Es war das erste Mal, dass wir uns nicht ausziehen und ins Wasser springen mussten». Drei Soldaten blieben mit Mohammed an Bord des Bootes. Dieselbe Operation wiederholte sich auch auf dem dritten Boot. Danach wurde Mohammed befohlen, nach Ashdod zu steuern. Auch die anderen beiden Boote wurden dorthin gebracht. Ashdod ist der nächst gelegene israelische Hafen.

Wallach sprach am Telefon über ihre Verhaftung: «Man sagte mir: «Sie befinden sich auf israelischem Territorium». Doch es war offensichtlich, dass sich alle drei Boote auf palästinensischem Gebiet befanden», sagte sie. «Sie kidnappten mich, Andrew und Vik und alle palästinensischen Fischer».

Im Hafen von Ashdod wurden die Fischer bei den Verhören vor allem zu den internationalen Beobachtern befragt. «Warum hattet ihr die Internationalen an Bord?» wurden sie gefragt. «Wer ist verantwortlich für die Entsendung der Internationalen? Wer bezahlt sie? Wo wohnen sie? Fangt ihr viele Fische, wenn die Internationalen

Arrigoni sagte am Donnerstag am Telefon: «Vor einigen Tagen befand ich mich in einem grossen Gefängnis. Es gab keinen Strom und sehr wenig fliessendes Wasser (Gaza). Nun befinde ich mich in einem kleinen Gefängnis, mit Strom und sauberem, fliessendem Wasser».

Am 21. November traten die Drei in den Hungerstreik. Ihre Hauptforderung ist die Rückgabe der Fischerboote. Ausserdem fordern sie die Erlaubnis, nach Gaza zurückzukehren.

Der ganze Vorfall ereignete sich nur eine Woche, nachdem eine Delegation von 11 Mitgliedern des Europäischen Parlaments den Gazastreifen besuchte. Da ihnen die Einreise über den Übergang bei Rafah verwehrt wurde, reisten sie mit den Booten der Aktion «Free Gaza». Es war die dritte Überfahrt dieser Boote. Unter den Delegierten auf dieser Reise befanden sich auch die ehemalige britische Secretary of State for International Development Clare Short, Lord Ahmed Nazir und Baroness Jenny Tonge. Letztere verurteilte die Verhaftungen:

«Die Zeit ist gekommen, da die internationale Gemeinschaft, vor allem die EU, etwas gegen die kontinuierlichen israelischen Verstösse gegen internationales Recht unternimmt. Das Assoziationsabkommen zwischen Israel und der EU sollte ausgesetzt werden, bis Israel sich an das Recht hält. Erst vergangene Woche traf ich mich persönlich mit den Fischern, deren Boote illegal durch bewaffnete israelische Boote mit Wasserkanonen und Feuerwaffen angegriffen wurden, während sie (die Fischer) friedlich in Gazas Gewässern fischten».

Clare Short's Kommentar befasst sich nicht nur mit den aktuellen Verhaftungen, sondern auch mit der verheerenden Belagerung, der der Gazastreifen seit 18 Monaten unterworfen ist. «Ich bin froh, dass die Fischer freigelassen wurden. Sie hätten niemals verhaftet werden dürfen. Ihre Boote müssen umgehend an sie zurückgegeben werden, sonst wäre ihre Lebensgrundlage zerstört und das Unrecht nicht wieder gut gemacht. Die Belagerung Gazas muss aufgehoben werden. Grossbritannien muss darauf bestehen, dass diese illegalen Angriffe durch die israelische Marine auf Menschen von Gaza, die friedlich in ihren eigenen Gewässern fischen, aufhören», so Short.

11 000 politische Gefangene

Die Verhaftung der 15 Fischer und der 3 internationalen Aktivisten beleuchtet die kontinuierliche, systematische Ungerechtigkeit gegenüber den Fischern. Gleichzeitig sitzen mehr als 11 000 politische palästinensische Gefangene in israelischer Haft ein. Auch die Belagerung der 1,5 Millionen Zivilisten in Gaza verschlimmert sich immer weiter.

Israel ist offensichtlich bemüht, die alarmierende Entwicklung der humanitären Bedingungen in Gaza zu verbergen. Seit Wochen hindert es Journalisten an der Einreise nach Gaza. Von der EU bis zur UNO wächst der Druck auf Israel, die Belagerung zu beenden.

«Durch die Funktion dieser Blockade werden 1,5 Millionen Männern, Frauen und Kindern seit Monaten per Zwang ihre grundlegendsten Rechte vorenthalten», sagte der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Navi Pillay, in einem Statement. Und weiter: «Nur die vollständige Aufhebung der Blockade, gefolgt von einer massiven humanitären Reaktion, wären adäquat, um das enorme menschliche Leid, das heute in Gaza offensichtlich ist, zu lindern».

(Eva Bartlett ist kanadische Menschenrechtsanwältin und unabhängige Journalistin. 2007 lebte sie acht Monate lang in Gemeinden in der Westbank. Derzeit hält sie sich in Gaza auf. Quelle: zmag.de. Karikatur: Latuff)



nischen Versorgung, der Bildung und der Grundversorgung (von 1,5 Millionen Palästinensern in Gaza) betroffen ist. Auf diesem Hintergrund ist die Fischerei einer der wenigen Sektoren, in dem noch Einkommen und Brot erwirtschaftet werden können.

Khalid al-Habeel sagt, nicht nur nahe Familienangehörige seien von den Bootskonfiszierungen – als Strafe – betroffen. «Unsere Boote waren wie eine kleine Firma», sagt er. Insgesamt seien rund 300 Menschen vom Verlust der beiden Trawler berührt: Fischer, die als Angestellte auf den Booten arbeiteten, Dockarbeiter, der Fischmarkt, die Transporteure der Fischereiprodukte und natürlich die Konsumenten selbst – die extrem abhängig sind von dem, was das Meer bietet. Schliesslich ist Fisch als Proteinquelle ein wichtiges Nahrungsmittel. (Rotes) Fleisch ist kaum noch zu bekommen und sehr teuer.

Im September 2008 kamen zwei Boote (Free Gaza) mit Menschenrechtsberichterstatter der Internationalen Solidaritätsbewegung (ISM) nach Gaza (siehe UW 3/08). Seither fahren sie mit den Fischern von Gaza hinaus aufs Meer – auch über die willkürlich festgelegte 6-Meilen-Zone hinaus. Diese Beobachter haben bereits zahlreiche Angriffe durch die israelische Armee dokumentiert. Manche der Vorfälle fanden nur 3 Meilen vor Gazas Küste statt. Selbst mit scharfer Munition und mit Granaten wurde gefeuert; Wasserkanonen kamen zum Einsatz. Bei Letzterem zielen die Soldaten vor allem auf bestimmte strukturelle Elemente des Bootes, vor al-

len Behörden. Nidal (23), Vater eines Kindes, war einer der verhafteten Fischern.

«Wir befanden uns nur 7 Meilen vor der Küste von Deir al-Balah, als wir die beiden bewaffneten israelischen Boote sahen, die auf unser Fischerboot zukamen. Fünf kleinere Boote umstellten Abed Almoati al-Habeels Boot». Auf diesem Boot habe sich der schottische Freiwillige Andrew Muncie (34) befunden, so Nidal. «Schnell zogen wir unsere Netze heraus», fährt er fort. «Als sie die Menschen auf jenem Boot verhaftet hatten, kam eines der bewaffneten Boote auf uns zu und befahl uns, den Motor abzustellen. Sie befahlen uns, an den Bug des Bootes zu kommen. Sie drohten, uns zu erschliessen».

Der 33-jährige italienische Freiwillige Vittorio Arrigoni («Vik») war auf dem zweiten Boot, das umstellt wurde. Er filmte weiter, als israelische Soldaten an Bord kamen. Seine Kollegin Darlene Wallach (57) war auf dem dritten Boot. und teilte per Telefon mit, was gerade geschah. «Sie taseren Vik, als er noch an Bord war. Sie drängten ihn nach hinten, wo sich ein scharfes Stück Holz befand. Er sprang ins Meer, um nicht noch schwerer verletzt zu werden und befand sich ziemlich lange im Wasser», so Nidal.

«Fast 20 Soldaten waren an Bord gekommen. Sie zielten mit ihren Gewehren auf unsere Gesichter und befallen uns, voranzugehen. Sie liessen Kapitän Mohammed an Bord und zwangen uns in ein kleineres Boot, das uns zu dem grossen bewaffneten Boot brachte.»

an Bord sind?» So gingen die Verhöre weiter. Das Interesse an diesem Thema war evident und sehr spezifisch. Unverhohlen wurde gedroht: «Ihr glaubt, ihr hättet Schutz, weil die Internationalen auf eurem Boot sind? Wir werden schon sehen, was die Internationalen für euch tun können». So habe einer der Soldaten gedroht, sagte einer der Fischer.

Nach einem halben Tag in Haft wurden die Fischer ohne Anklage wieder freigelassen, aber ihre Boote bleiben konfisziert.

Abu Rami glaubt, die Entführung der 15 Fischer und der 3 internationalen Beobachter sende eine klare Botschaft: «Es ist eine Botschaft an die Internationalen in Gaza, sie sollen die Fischer nicht mehr begleiten. Und es ist eine Botschaft an die Fischer, nicht so weit in die Gewässer hinauszufahren. Doch wir müssen es tun, denn dort ist der Fisch».

Standhaft gegen die Belagerung

Das Gefängnis kann den Geist der drei Menschenrechtsaktivisten nicht brechen. Alle Drei werden im israelischen Maasiyahu-Gefängnis (nahe Lydd) gefangengehalten. Sie sind entschlossen, weiter gegen den «Diebstahl» palästinensischer Fischerboote – so bezeichnen sie es –, und gegen ihre Entführung in den Gewässern Gazas zu protestieren. Frau Wallach: «An keinem Punkt sind wir in international anerkanntes israelisches Gewässer eingedrungen – erst, als wir von der israelischen Navy nach Israel transportiert wurden».

Operation Balkan:

Werbung für Krieg und Tod

Jörg Becker, Professor für Politikwissenschaft und Mira Beham, Balkanexpertin und OSZE-Diplomatin, decken in ihrem Buch «Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod» auf, wie Regierungen PR-Kampagnen in Auftrag geben, um Feindbilder aufzubauen, Kriege vorzubereiten oder Diktaturen zu beschönigen. Antoinette Mächlinger hat das Buch für uns gelesen.

Von Antoinette Mächlinger

Wer keine Zeit hat, das Buch von A bis Z zu lesen, kann von hinten beginnen: Da sind über 32 eng bedruckte Seiten die «Aktivitäten US-amerikanischer Public Relations-Agenturen» für die einzelnen Balkanländer akribisch aufgelistet, mit Auftraggeber, Zeitraum, Honorar, Vertragsinhalt. Diese Seiten sind bezeichnend für die ganze Untersuchung: Es wird nur behandelt, was belegt ist. Wo Vermutungen Eingang finden, werden sie klar als solche bezeichnet. Das Literaturverzeichnis umfasst ca. 150 Titel, im Vorwort berichten die Autoren über ihre Kontakte zu Wissenschaftlern und Forschungsgruppen.

Dass es den Autoren möglich war, eine solche Fülle an präzisen Informationen zusammenzutragen, ist jedoch vor allem einem US-amerikanischen Gesetz von 1938 zu verdanken. In jenem Jahr wurde in den USA der «Foreign Agents Registration Act (FARA)» verabschiedet. Dieses Gesetz, das als Antwort auf die intensive deutsche Propagandatätigkeit in den USA entstand, besagt, dass jeder Bevollmächtigte eines ausländischen Auftraggebers detaillierte Angaben über den Vertrag und über die Einnahmen und Ausgaben öffentlich zugänglich machen muss. (FARA gilt nur innerhalb der USA.)



«Dass Regierungen PR-Unternehmen beauftragen, um ihr Image aufzubessern, ist bekannt. Wenig bekannt ist allerdings, dass es von Regierungen in Auftrag gegebene PR-Kampagnen gibt, um Feindbilder aufzubauen, Kriege vorzubereiten oder Diktaturen zu beschönigen. Die Autoren zeigen anhand der Balkankriege und auf der Grundlage einer Analyse von 157 Verträgen zwischen ex-jugoslawischen Kunden und amerikanischen PR-Agenturen exemplarisch, wie mit Hilfe von Public Relations Krisen- und Kriegskommunikation betrieben wird. Dabei wird untersucht, wie es mittels PR-Strategien als quasi-privater Propaganda gelingt, geschlossene Kommunikationskreisläufe zwischen Politik, Militär, Medien, NGOs und think tanks herzustellen, in denen die immer gleichen Kernbotschaften zirkulieren. Diskutiert werden auch die Konsequenzen dieser Privatisierung von (Kriegs-)Kommunikation.» (Klappentext)

Becker/Beham, Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod. Mit einem Vorwort von Norman Paech, 134 S., broschuriert, Nomos, Baden-Baden 2008

Rolle der PR-Agenturen in den USA

Wer sind diese «Bevollmächtigten eines ausländischen Auftraggebers»? Es sind politisch tätige PR-Agenturen, die in den USA «als ein völlig normaler Bestandteil von Öffentlichkeitsstrategien» angesehen werden. Sie zeichnen sich durch eine starke soziale und politische Vernetzung aus: Sie beschäftigen u.a. ehemalige Kongressabgeordnete, Senatoren, Mitarbeiter der Geheimdienste und Führungskräfte aus der Wirtschaft. Umgekehrt werden politische Berater gern aus dem Umfeld der PR-Agenturen rekrutiert. Die PR-Agenturen beschäftigen in den USA heute insgesamt mehr Mitarbeiter als alle Medien zusammengenommen.

Beispiel für PR-Aufträge: KOSOVO

Da ist zum Beispiel die US-Agentur Ruder Finn, die 1992–1997 für die Vertretung der Kosovo-Albaner arbeitet. Laut ihrem ersten Vertrag (30.11.1992 – 31.5.1993) werden insgesamt 113 Kontakte zu wichtigen Medien und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) hergestellt.

Von Anfang 1998 bis Juli 1999, in der Zeit, in der die Krise bis zum NATO-Angriff auf Belgrad eskaliert, ist eine andere Firma zuständig: «The Washington International Group». Das Honorar beträgt 400'000 Dollar, die Agentur stellt auch eine Begleitung der Kosovo-Delegation für die Verhandlungen von Rambouillet.

Ab Ende 1999 kommen weitere Agenturen ins Spiel, z.B. für «Betreuung des Besuchs von Hashim Thaci in Washington», für «Wahlhilfe für Haradinaj in Kosova», oder für «Begleitung Haradinajs zur Inauguration des US-Präsidenten» (Vertrag vom 28.2.2001).

Zusammenspiel von PR, Politik und Militär

Die Firma «Waterman & Associates» (später «Jefferson Waterman International») steht von Anfang 1993 bis August 95 im Dienst der kroatischen Regierung (Honorar 800'000 Dollar), die sie bei der Vorbereitung und Durchführung der Grossoffensive auf die serbische Krajina berät. Im Memorandum vom 24.2.93 ist zu lesen: «Sollte der Zeitpunkt kommen, dass es für Kroatien notwendig sein wird, mit Gewalt die Kontrolle über die kroatischen Territorien zurückzugewinnen, auf denen gegenwärtig die UN präsent ist, muss man mit einer Welle von Kritik rechnen und ihr entgegenwirken. Das Fundament für die Rechtfertigung solcher Aktionen sollte jetzt gelegt werden und nicht nach vollendeten Tatsachen.»

Im Verlauf des Jahres beginnt die Clinton-Administration sich aktiv in die Balkanpolitik einzumischen. Die kroatische Regierung unterzeichnet im September 1994 einen Vertrag mit der privaten US-Militärfirma MPRI («Military Professional Resources Inc.»). Elf Monate später startet die kroatische Armee die «Operation Sturm» gegen die Krajina.

Was die Rolle privater Militärfirmen betrifft, verweisen die Autoren mehrfach auf die einschlägigen Publikationen von Peter W. Singer.

Lieber Krieg als Auschwitz
«Stop The Death Camps / An Open Letter to World Leaders». Unter diesem Titel erscheint in der New York Times vom 5.8.1992 ein ganzseitiges

Insertat von drei der grössten jüdischen Organisationen in den USA. Darin werden die serbischen Gefangenenlager in Bosnien mit Auschwitz und Treblinka verglichen. Und es heisst: «Ist es möglich, dass 50 Jahre nach dem Holocaust die Nationen der Welt, unsere eingeschlossen, passiv dastehen und nichts tun und vorgeben, hilflos zu sein?»

Wie kamen ausgerechnet jüdische Organisationen dazu, Begriffe wie Auschwitz und Holocaust zu «globalisieren» und damit zu «entpolitisieren» (Levy/Sznaider 2001)? Dazu äussert sich freimütig James Harff von der PR-Agentur Ruder Finn. Es sei ihnen gelungen, «die jüdischen Organisationen auf Seiten der Bosnier ins Spiel zu bringen.» Und: «In der öffentlichen Meinung konnten wir auf einen Schlag die Serben mit den Nazis gleichsetzen. (...) Sofort stellte sich eine bemerkbare Veränderung des Sprachgebrauchs in den Medien ein, begleitet von der Verwendung solcher Begriffe, die eine starke emotionale Aufladung hatten, wie etwa ethnische Säuberung, Konzentrationslager usw., und all das evozierte einen Vergleich mit Nazi-Deutschland, Gaskammern und Auschwitz. Die emotionale Aufladung war so mächtig, dass es niemand wagte, dem zu widersprechen, um nicht des Revisionismus bezichtigt zu werden. Wir hatten ins Schwarze getroffen.»

Das antiserbische Vokabular wurde erweitert. In Deutschland war die PR-Agentur «Hunzinger Information» für Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping tätig. Am 28. März 1999 sprach Scharping auf einer Pressekonferenz zum ersten Mal von Völkermord.

Wer schützt uns vor den Killer-Games?

Spielerisch morden

Mit der eidgenössischen Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt», für die jetzt noch die letzten Unterschriften gesammelt werden, wird versucht das Waffenrecht in der Schweiz zu verschärfen. Wie steht es jedoch mit den Killer-games, den Computerspielen, mit denen Kinder das Töten lernen?

Von Heinrich Frei

Im finnischen Kauhajoki erschoss am 23. September 2008 ein 22-Jähriger neun Schülerinnen und Schüler und einen Schul-Angestellten und verletzte eine weitere Schülerin schwer.

Eine Rolle bei solchen Tragödien wie im finnischen Kauhajoki spielt auch die Gewaltherziehung durch die Medien. Nach dem Massaker in der Jokela Schule in Tuusula, im letzten Jahr, warnten Rektoren von finnischen Schulen, dass auch Unterhaltung mit vielen Gewaltszenen gefährlich sei für die Jugend. Nach ihrer Meinung werde im Fernsehen, in Filmen, im Internet und in Computer Spielen zu viel Gewalt gezeigt. An gewalttätigen Spielen und Filmen könne sich die Jugend ein falsches Beispiel für ihr Verhalten nehmen. Deshalb sei es nötig, dass die Eltern ihre Kinder vor dieser von Gewalt verseuchten Unterhaltung schützen, welche im Handel angeboten werde. Trotz dieser Warnung der finnischen Rektoren, fand Ende Juli dieses Jahres, wie seit Jahren, in Helsinki die riesige Computergame Veranstaltung statt. Einige tausend Computerfreaks versammeln sich dort jeweils in der Hartwall Arena in Pasila, in dem riesigen Hallenstadion. Sie spielen Tag und Nacht, miteinander vernetzt, Killer Games und beschiessen und erschliessen sich um die Wette. Zwischendurch schlafen die Gambler unter der PC-Konsole oder im Foyer des Stadions, wie ich bei einem Besuch in Pasila beobachten konnte.

kermord. (Der NATO-Angriff auf Belgrad hatte – ohne Zustimmung der UNO – am 24. März begonnen.) Dann ging es Schlag auf Schlag: «Mordmaschinerie von Milosevic», «bestialische Verbrechen», «Schlachthaus», «ethnische Säuberung», «Selektierung», «KZ», «Blick in die Fratze der deutschen Vergangenheit». Der deutsche Aussenminister Fischer doppelte nach: Er verglich Milosevic mit Hitler, sprach von der «serbischen SS», und nannte Kriegsgegner «Weisswäucher eines neuen Faschismus». Um am 15.4.1999 den folgeschweren Satz zu formulieren: «Ich habe nicht nur Nie wieder Krieg gelernt, sondern auch Nie wieder Auschwitz».

Einbindung von NGOs: Die Studentenbewegung Otpor «Zur kreativen Gestaltung der Demonstrationen» berät 1996/97 eine Werbefirma in Belgrad die Anführer der Studentendemonstrationen gegen Milosevic. 1998 wird die Studentenbewegung Otpor (Widerstand) gegründet. Ihr Leitfadentext ist das Buch «From Dictatorship to Democracy: A Conceptual Framework for Liberation (1993)», das der konservative US-think tank Freedom House (welcher vom State Department mitfinanziert wird) übersetzt und in Serbien verbreiten lässt. Otpor wird zum «Kristallisationspunkt der serbischen Oppositionsbewegung», trägt wesentlich zum Sturz Milosevics bei, erhält Unterstützung von verschiedensten internationalen Institutionen. Nach dem Kosovokrieg wird Otpor zur international tätigen NGO und berät Oppositionsbewegungen in den neuen Staaten im vormals sowjetischen Einflussgebiet.

Beispiel «Rosenrevolution» Georgien: Das Open Society Institute der Soros-Foundation fliegt 2003 den georgischen Oppositionsführer Mikhail

«Nach der Lektüre dieses Buches weiß der Leser einmal mehr: Nichts ist, wie es scheint. Gerade im Hinblick auf die immer undurchschaubareren und ausgefeilteren Verflechtungen und das Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und PR sind kritische Bücher dieser Art von höchster Wichtigkeit.» (Norman Paech, MdB)

Saakashvili mit einigen Mitstreitern nach Serbien, wo diese von Otpor-Mitgliedern unterwiesen werden.

Beispiel «Orange Revolution» Ukraine: 2003/2004 schult Otpor führende Aktivisten der ukrainischen Oppositionsbewegung Pora und trägt damit zum Sturz der Regierung Kutschma bei, der bei den zuständigen US-Institutionen mit 65 Mio Dollar budgetiert ist.

Soweit einige wenige ausgewählte Beispiele, die eine Ahnung von der Vielfalt (und Sorgfalt!) dieser wichtigen Untersuchung zu vermitteln mögen. Der theoretische Teil («Einführung» und «Schlussfolgerungen») ist sehr kompakt und weist zahllose Zitate und Literaturbezüge auf, sodass er kaum sinnvoll zusammenzufassen ist. Das soll aber ja nicht heissen, dass er nicht zur Lektüre empfohlen sei, im Gegenteil! Hier dringen die Autoren tiefer in die Materie ein, befassen sich auch mit historischen, philosophischen, ethischen Aspekten der Kommunikationsforschung. Als Anregung zum Weiterdenken sei einer der letzten Sätze aus den Schlussfolgerungen zitiert. Er bezieht sich auf eine Grafik zur Privatisierung des Krieges: «Das privatisierte Dreieck von 1. privatisierter Kriegskommunikation, 2. privatisierter Kriegausstrahlung und 3. privatisierter Diplomatie wird die Zukunft von Krieg und Frieden entscheidend verändern.»

stellungen. Für «Killerspiele» und Gewaltvideos und -filme gibt es bis heute in der Schweiz nämlich keine nationalen Standards zum Schutz Minderjähriger. Besser wäre jedoch, meiner Meinung nach, ein generelles Verbot von Killer Games, nicht nur für Minderjährige. Das virtuelle Herumhetzen von Menschen, das Quälen, das Erniedrigen, Foltern, Erschiessen und Abschlichten gehört verboten, auch für Erwachsene, so gut wie die abartigen Kindersex-Pornos.

Empfinden verändern

Die Killerspiele wurden in den USA zur Schiessausbildung von Soldaten und Polizisten entwickelt, mit dem Ziel, die menschliche Tötungsbarriere weg zu trainieren. So wurde beispielsweise vor dem Irak-Einsatz jedem Soldaten das Computerspiel «American Army» übergeben und die jungen Soldaten wurden angehalten, sich mit dem Spiel auf den Kriegseinsatz vorzubereiten. «Diese Spiele legen Denk- und Handlungsmuster an, die das Empfinden verändern. Man hat nicht mehr das Gefühl, einen Menschen getötet oder ermordet zu haben», erzählt der Irak-Kriegsveteran Clifton Hicks, der sich als 18-jähriger freiwillig für den Irak-Krieg gemeldet hatte. «Offenbar ist es nicht gewollt, dass wir uns fragen was für ein Mensch das war, wen er zurücklässt und ob es sich hätte vermeiden lassen, ihn zu töten.»

Coop, Migros und Co

Der finnische Amokschütze in Jokela, der in einem Schiessverein trainierte, spielte solche Killer Games, genauso wie der junge Mann, der in Kauhajoki seine Mitschüler tötete. Auch der Mörder, der ein 16-jähriges Mädchen auf dem Hönningerberg in Zürich erschoss, spielte diese Games, die in der Schweiz von Interdiscount (Coop), Ex Libris (Migros), Manor, Media Markt usw. verkauft werden dürfen.

Aktionen gegen Waffenexporte

Abrüstung auf Schwedisch

Mit Hämmern und Bolzenschneidern drangen Friedensaktivisten in mehrere schwedische Waffenfabrikanlagen ein. Aktivisten der schwedischen Gruppe OFOG/Avrusta bekennen sich zur Beschädigung von 20 Granatwerfern für Hochexplosivgeschosse und mehrerer Innenteile eines Maschinengewehrs der Marke Howitzer 77. OFOG (Unfug), ist ein Aktivisten-Netzwerk, das sich für eine atomfreie, demilitarisierte Welt einsetzt. «Avrusta» heisst übersetzt Abrüstung. Die Gruppe kündigte ihre Aktionen in Infos in der Presse an.

Von Bill Quigley

An einem Donnerstag um circa 2 Uhr 30 in der Früh näherten sich Aktivisten der Rüstungsfabrik des Konzerns BAE Systems in Karlskoga, 240 Kilometer von Stockholm entfernt gelegen. Laut Angaben, die sie gegenüber der Presse machten, benutzten sie Bolzenschneider, um ein Loch in den Sicherheitszaun zu schneiden und stiegen ein. Sie hinterliessen ein Transparent, mit dem sie andere zum Mitmachen aufforderten («Die Tür ist offen – es steht euch frei abzurüsten»). Die Aktivisten benutzten Hämmer, um Innenteile – wie Kühlaggregate und hydraulische Zylinder – eines Howitzer 77 zu zerstören. Voll eingesetzt feuert ein solches Maschinengewehr 6 Runden pro Sekunde. Es kann 20 Minuten lang ohne Unterbrechung feuern und hat eine Reichweite von 30km. Laut Medienberichten schafften es die Aktivisten, an einer Tür im Innern der Fabrik ein Poster mit folgender Aufschrift zu hinterlassen: «In dieser Fabrik werden Waffen produziert, mit denen Kriege geführt werden – Abrüstung ist auf dem Weg». Die Abrüstungsaktivisten Cattis Laska, 24 und Pelle Strinlund, 37, wurden verhaftet und bekamen eine Anzeige wegen unbefugten Betretens und krimineller Beschädigung.

Zeitgleich mit der Aktion in Karlskoga drangen Aktivisten in die Waffenfabrik der Firma Saab in Eskilstuna/Schweden ein. Diese liegt circa 135km von der Anlage in Karlskoga entfernt. Laut OFOG/Avrusta beschädigten sie 20 Granatwerfer mit Hämmern. Danach machten sie das Wachpersonal auf sich aufmerksam. Anna Andersson, 26, und Martin Smedjeback, 35, wurden verhaftet und wegen unerlaubten Betretens, schwerer, krimineller Beschädigung und Betretens eines geschützten Geländes der «nationalen Sicherheit» angezeigt. Beide wurden wieder freigelassen.

Die beschädigten Waffen in der Saab-Anlage werden als Granatwerfer vom Typ «Carl Gustav» beschrieben. Dabei handelt es sich um eine Antipanzerverwaffe, die auf der Schulter befestigt wird. Die durch sie abgefeuerten Granaten sind hochexplosiv. Angeblich trugen die Kisten, in denen die Waffen gefunden wurden, Etiketten mit der Aufschrift, an die «US» oder an «New Delhi». Laut eines Berichtes der indischen Zeitung Hindu Times hat BAE einen langfristigen Vertrag mit der indischen Regierung, über die Lieferung von Howitzern und Granatwerfern.

Wiederholungstäterin

Nach ihrer Freilassung sagte Anna Andersson, sie sehe ihrem Verfahren positiv entgegen. «Ich freue mich auf die Chance, unsere Aktionen vor Gericht ethisch und rechtlich begründen zu können. Ich hoffe, dass eines Tages die Waffenfabriken angeklagt werden – für die kriminelle Zerstörung, die schwedische Rüstungsgüter in Kriegen und Konflikten rund um die Erde anrichten».

Überraschend kehrten Andersson und Smedjeback am Tag darauf zu der Waffenfabrik (in Eskilstuna) zurück – und wurden erneut verhaftet. Sie sind noch immer in Haft.

Am Samstagmorgen drang ein fünftes Mitglied der Gruppe, Annika Spalde, 39, in eine Rüstungsanlage bei Karlskoga ein – sie schnitt sich freie Bahn durch den Zaun –, und hängte ein Transparent auf, das zu weiteren Abrüstungsaktionen aufrief. Auch sie wurde verhaftet und bekommt nun eine Anzeige wegen unerlaubten Betretens einer Anlage der «nationalen Sicherheit». Spalde ist mittlerweile wieder auf freiem Fuss. Sie ist Pfarrerin, Autorin und Friedensaktivistin.

Symbolische Schäden

BAE Systems, der Konzern, dem die Anlage in Karlskoga gehört, bezeichnet sich auf der eigenen Webseite als «weltweit primäres Verteidigungs- und Aerospace-Unternehmen», mit 100 000 Beschäftigten und jährlichen Verkaufserlösen in Höhe von \$31,4 Milliarden. Die Firmenleitung von BAE Systems bestätigt die Einbrüche. Interessant ist die Tatsache, dass die BAE-Pressesprecher in den USA von «sehr bescheidenen» Beschädigungen sprechen, während der lokale BAE-Sicherheitsmanager in Schweden die Schäden gegenüber der Presse auf 50 000 Euro schätzt. Es sei noch ungewiss, ob die Schäden zu Verzögerungen bei der Auslieferung von Waffen führen würden, sagte er.

Die Anlage in Eskilstuna gehört dem Unternehmen Saab. Dessen Eigentümer behaupten von sich, den globalen Markt zu bedienen – mit Produkten, Dienstleistungen und Lösungen. Die Spartenbandbreite reiche vom Bereich der militärischen Verteidigung bis zu ziviler Sicherheit. Die Zahl der Beschäftigten liege bei 13700. Die jährlichen Verkaufserlöse beliefen sich auf \$2,5 Milliarden. Saab-Pressesprecher Lasse Jonsson gegenüber den Medien: «Sie haben eine Reihe Waffenersatzteile zerkratzt, die für die Ausfuhr bereitstan-

den. Erst nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen werden wir in der Lage sein, das genaue Ausmass des entstandenen Schadens zu berechnen».

Ziviler Ungehorsam

In der Hindu Times wird die OFOG-Sprecherin Maja Backlund mit den Worten zitiert: «Ziviler Ungehorsam und Aktionen sind extrem vitale Bestandteile einer demokratischen Entwicklung. Unsere Kollegen, die in die Saab-Fabrik eingedrungen sind, haben es geschafft, 25 Granatwerfer der Marke «Carl Gustav», die massiv in Kaschmir und anderen Kriegszone in Indien zum Einsatz kommen, zu zerstören.» OFOG behauptet zudem, einige der beschädigten Waffen gehörten einem Typ an, den das US-Militär im Irak einsetze.

OFOG-Mitglieder sagen, die Waffenexporte Schwedens seien seit dem Einmarsch der USA in den Irak um 88% gestiegen. Sie behaupten, die schwedische Regierung verstosse gegen ihre (angebliche) Politik der Neutralität und des Friedens, indem sie kriegführende Länder mit Waffen versorge.

Spalde betont die Notwendigkeit dieser Aktionen: «Wenn unsere Regierung einen illegalen Krieg unterstützt und Waffen an Diktatoren verkauft, ist es Zeit für uns Normalbürger, aktiv zu werden».

OFOG/Avrusta: «Diese Aktion ist die erste Abrüstungskampagne des 21. Jahrhunderts in Schweden». Derzeit bestehe die Kampagne aus mehreren Aktivisten, die das Gefängnis in Kauf nähmen sowie weiteren fünfzig Unterstützern.

«Unsere Aktivisten haben sich mehr als ein Jahr lang auf diese Kampagne vorbereitet», so einige Mitglieder der Gruppe, die anonym bleiben wollen. «Sie sind bereit, Haftstrafen auf sich zu nehmen, falls die schwedische Gesellschaft nicht einsehen kann, dass weniger der gewaltfreie zivile Widerstand (der dazu dient, die verheerenden schwedischen Waffenexporte in Kriege und an Diktaturen auszusetzen), einen Gesetzesbruch darstellen, als vielmehr die amoralischen Waffenexporte».

Video-Dokumentation

OFOG/Avrusta verspricht, weitere Abrüstungsaktionen durchzuführen. Videos über ihr Eindringen und die Beschädigungen sind im Internet abrufbar: http://www.ofog.org/avrusta_aktionsvideo

Bill Quigley ist Menschenrechtsanwalt und Professor für Recht an der Loyola University von New Orleans. Er ist erreichbar über die Mail-Adresse quigley77@gmail.com

Übersetzt aus dem Englischen von Andrea Noll /Zmag.de



Eine F/A-18 der US-Marine (unterschreiben Sie die Initiative gegen neue Kampffjets!) folgt einem F-35 «Blitz II» der US-Luftwaffe. (Photo David Draais, Lockheed Martin)

Milliardenschwere Rüstungsprojekte der USA

Blitz und Donner

Neue Militärjets sollen dem Pentagon alte Überlegenheiten stabilisieren, doch die Wünsche fliegen sehr hoch.

Von René Heilig

Technisch gesehen ist die F-35, das US-Kampfflugzeug mit dem Beinamen «Lightning II» (Blitz II) ein Wunderding. Das Problem an diesem weltweit bislang grössten Rüstungsprojekt in der Militärluftfahrt ist: Den USA fehlt allein das Geld, um es zu verwirklichen.

Es ist mit der F-35 dasselbe «Spiel» wie vor einigen Jahren als die F-22 «Raptor» – was so viel bedeutet wie «Raubvogel» – abheben sollte. Laut Pentagon hat man damals einen Bedarf von 380 dieser Maschinen errechnet und den Einsatz der Flugzeuge auch als dringend bezeichnet. Denn die zahllosen Kriege und Scharmützel, die das Weisse Haus gemeinsam mit dem Pentagon in aller Welt angezettelt hat, ermüden nicht nur Volk, Soldaten und Politiker. Auch das Material gibt seinen «Geist» auf. Beispiel: die F-15. Der Jet, der ob seiner Vielseitigkeit in aggressiven Zeiten wie kein Zweiter in der US-Air Force gefordert ist, kommt kaum noch in die Luft. Und wenn, dann zerfällt er, einfach so im Fluge. Die gesamte Flotte musste am Boden bleiben, als sich am 2. November 2007 eine F-15C der Air-National-Guard bei einem Routineflug zerlegte. Materialermüdung, stellten Experten als Ursache fest. Kaum einen Monat später wurden erneut alle F-15-Maschinen «gegründet». Zwar verfügen die US-Streitkräfte über rund 400 Maschinen vom Typ F-15 A bis D, doch nur 170 sind einsatzfähig.

Noch nie zuvor war die US-Air Force so klein, noch nie zuvor besass die stärkste Luftmacht der Welt so wenige Maschinen. Hätte man nicht vor einigen Jahren die F-15 zur E-Variante aufgemotzt, könnte Bush heute lediglich noch mit Oldtimern Welt herrscher spielen. Doch die 220 Exemplare der F-15E «Strike Eagle» geben ihm noch immer einen gewissen militärischen Spielraum. Derzeit vor allem in Afghanistan, wo die F-15 aber nur in Verbindung mit ihren fliegenden Leitstationen, den AWACS-Maschinen, Hightech verkörpern.

Das alles sollte sich verbessern mit den Typen F-22 «Raptor» und vor allem auch mit der F-35 «Lightning II». Doch diese Verbesserung der US-amerikanischen Kampfkraft kann niemand bezahlen. Schon gar nicht der marode US-Staat, der derzeit von einer der schwersten wirtschaftlichen Krisen seit Jahrzehnten in Haftung genommen wird. In den kommenden Jahren muss das Pentagon – laut einer internen Studie – mit rund 55 Milliarden Dollar weniger auskommen. Dazu steigen die Kosten für die Truppen und die Technik in Irak und Afghanistan.

Die F-35, geplant in drei Modifikationen, soll insbesondere die F-16-Jets der Luftwaffe und die verschiedenen F-18-Modifikationen von Navy und Marine Corps ersetzen. Die Air Force will 1763 Stück, Navy und Marine Corps je 340 aufstellen. Doch seit

Jahren gibt es zahlreiche Entwicklungsprobleme, die die Pläne des Pentagons und der Haushalter in Senat und Repräsentantenhaus immer wieder über den Haufen werfen. Nicht nur technisch, auch finanziell.

Seit 2001 sind die Beschaffungskosten für die F-35 um 28% gestiegen. Damals sollte die einfachste Variante eines Flugzeuges – nackt, also ohne Bewaffnung und Gerät – rund 30 Millionen Dollar kosten. Inzwischen liegt man bei 90 Millionen pro A-Variante. Für einen B- oder C-Jet kommt mindestens ein Drittel dazu.

Was tun? Wie üblich streckt man das Projekt. Der Etat ist derzeit so berechnet, dass die letzte F-35 in knapp 40 Jahren das Laufband verlassen würde. Dann jedoch wird das Militär wohl schon ganz andere Mordwerkzeuge verlangt haben – Maschinen, die ohne Piloten den Erdball umkreisen und zielsicher Raketen zu beliebigen Zeiten in beliebige Dachluken oder auf Hochzeitsgesellschaften abfeuern können. Zudem hat Hersteller Lockheed Martin seine Fertigungslinien so geplant, dass man pro Monat fast 20 «Blitze» ausliefern kann.

In Washington setzt man daher grosse Hoffnungen auf die Verbündeten. Grossbritanniens Luftwaffe und Marine wollen 138 F-35 einsetzen, Italien 131 (die im Stiefelland selbst gebaut werden sollen) und die Niederlande 85 Maschinen. Die Türkei und Australien rechnen mit je 100 Jets, Norwegen und Dänemark würden je 48 abnehmen, Kanada hat 60 als Bedarf errechnet und Israel, das sich später in die Gemeinschaft eingekauft hat, bekundete Interesse an 75 F-35. Insgesamt, so glaubt man beim Produzenten Lockheed Martin, könnte man 4000 «Blitze» herstellen – wenn das Geld zur Verfügung stünde. Und so versuchen es Pentagon und Lockheed mit einem Lockangebot.

Defizit weiterreichen

Bis zum Jahresende sollten alle am Waffensystem Interessierten einfach mal zehn Prozent des Kaufpreises überweisen. Mit dem vorgeschossenen Geld könnte man Teile billiger bei Zulieferern einkaufen, die Serienproduktion auf hohem Niveau starten und so den Stückpreis moderat halten. Der Trick ist so neu nicht, schliesslich haben es die USA schon immer verstanden, ihr Haushaltsdefizit gewinnbringend an die Welt weiterzureichen. Warum sollte es in der Rüstung anders laufen als auf dem Bankensektor?!

Der Erpressungsdeal scheint aufzugehen. Kürzlich ging folgende Information durch Insiderkreise: Israel kauft F-35 für 15,2 Milliarden Dollar. Das ist der erste Verkauf des brandneuen Kampffjets ins Ausland überhaupt. Israel will den Kampffjet zum Rückgrat seiner Luftwaffe machen. Man weiss, wie «effektiv» der kleine Staat handeln kann, um seine Nahost-Hegemonie zu sichern.

Auch Staaten wie Spanien, Singapur und Japan haben Interesse an dem US-Kampffjet bekundet. (Quelle: ND)

An alle

Unsere Welt Leser. Bitte helfen Sie uns

Unsere Welt

als Zeitung bekannter zu machen.

Wir sind keine

Gratis Zeitung und

wir sind mehr als

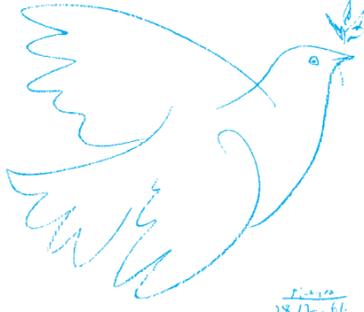
20 Minuten. Wir suchen Leute die uns helfen

Unsere Welt zu

verteilen. Sei es regelmässig ein paar Exemplare in

Briefkästen Ihrer Umgebung, oder mal mit jemandem zusammen morgens am Bahnhof oder Anderes.

Rufen Sie uns einfach an: 061 681 03 63



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ, Ort: _____



Miriam Makeba. Foto Live Performance Service.

Miriam Makeba, «Mama Africa», ist gestorben

Stimme Afrikas

Südafrika hat seine wichtigste Botschafterin nach Nelson Mandela verloren: Miriam Makeba, die «Mama Africa», wie sie genannt wurde. Die Sängerin starb am 9. November in Neapel nach einem Leben voller Lieder und Kämpfe. Wenige Stunden nach einem Konzert, das wie ihr Leben im Zeichen der Solidarität stand, diesmal mit dem Schriftsteller Roberto Saviano, der im Fadenkreuz der Camorra steht.

Nelson Mandela würdigte die Sängerin mit den Worten: «Sie war ein Symbol des Kampfes gegen die Apartheid und hat ihren Ehrennamen «Mama Africa» wahrhaftig verdient. Ihre Lieder, die nicht aus dem Kopf gehen, gaben dem Kampf und dem Exil eine Stimme. Sie hat die Hoffnung in uns wachgehalten.» Das Kulturministerium wies darauf hin, sie habe eine bedeutende Rolle im Kampf für die Befreiung der Frauen gespielt.

Geboren wurde Miriam Makeba 1932 in Johannesburg, einer Stadt, die vom Goldrausch und der Apartheid geprägt war. 1952, nach dem Gesangsunterricht in Pretoria, wurde sie Sängerin, erst bei den Gruppen «Cuban Brothers» und «Manhattan Brothers». Die südafrikanische Zeitschrift «Drum» beschrieb 1955 einen ihrer Auftritte: «Sie ist grossartig. Die Augen geschlossen. Der Kopf zurückgeworfen. Ein Kleid mittlerer Länge – zwischen Coco Chanel und afrikanischer Sinnlichkeit. Sie kann nichts anderes als eine Sängerin sein.»

Miriam Makeba war sehr viel mehr. 1959 arbeitete sie an dem Anti-apartheidfilm «Come back, Africa» mit. Darauf entzog ihr die Regierung Pass und die Staatsangehörigkeit. Es war die Zeit, als die schwarzen Einwohner aus dem Johannesburg 6. Distrikt vertrieben wurden, in dem bis dahin die Rufe der Muezzins und der Jazz den Rhythmus des Lebens bestimmten. Ein weisser Stadtteil

sollte entstehen. Das schwarze Leben, die schwarze Musik sollte erstickt werden, Note für Note.

Aber die Sängerin erhob ihre Stimme, sie wurde noch lauter. 1963 klagte sie vor der UNO mit Donnerworten das Apartheidregime an. Zusammen mit Harry Belafonte nahm sie ein Album auf, dessen Lieder den südafrikanischen Alltag beschrieben. Dafür erhielt sie als erste schwarze Frau 1966 den Grammy. Die Stationen ihres Exils waren London, Brüssel, New York und das Guinea Sékou Tourés. Wohin sie kam, welche Erfolge sie auch feierte, sie war stets auf der Seite der Unterdrückten.

«Ich bin meiner Kultur und meinen Wurzeln treu geblieben. Dank ihnen konnte ich die Stimme und das Bild Afrikas und seiner Menschen in die Welt tragen», sagte Makeba. «Ich bin niemandem politisch verpflichtet. Ich sage nur die Wahrheit. Wenn ich sage, wie sehr wir unterdrückt werden, lüge ich nicht. (...) Ich bin keine Politikerin, ich bin Sängerin. Ich will singen, das macht mich glücklich.» Dieses Glück hat sie mit denen geteilt, für die sie sang.

Die Stimme ist verstummt. Die Augen haben sich für immer geschlossen. (Quelle: UZ)



Jetzt braucht Kuba UNSERE Unterstützung

Solidarität trägt einen Namen

Diese Revolution und sein Volk gaben auch das, was sie nicht hatten. Und sie hatten wenig. Man weiss nicht, wie sie es gemacht haben, aber es ist die Realität, so real wie seine stolzen Palmen. Während dieser letzten neunundvierzig Jahre konnten dies Millionen Menschen auf der Welt feststellen und spüren.

Von H. Calvo Ospina

Algerien, das ohne das französische Joch zu leben begann, sah Kubas Ärztinnen und Ärzte ankommen. Die frisch triumphierende kubanische Revolution teilte das Wenige, das sie hatte.

Tausende seiner Frauen und Männer starben im Kampf in Afrika gegen die Apartheid: Sie gewannen, aber die Geschichte der Mächtigen beharrt darauf, ihnen die Anerkennung zu stehlen.

Eine Fotografie änderte die Richtung des Vietnamkrieges: Dieses Mädchen, das aufgrund seiner Verbrennungen durch die US-Napalmbomben nackt und schreiend auf einer Strasse wegläufend zu sehen ist, wurde auf Kuba geheilt.

Es war das einzige Land, das einzige, das viele der durch die Explosion im Kernkraftwerk von Tschernobyl Erkrankten auf sein Territorium bringen liess. Dies geschah, als die Sowjetunion schon nicht mehr existierte und die in Russland Regierenden sich vor der USA beugten: Sie halfen dabei, der erstickenden kubanischen Ökonomie noch mehr die Luft abzurücken.

Tausende afrikanische und lateinamerikanische Arme sind als Sportler und Ärzte ausgebildet worden: Kostenlos. Tausende Frauen und Babys sind in den unwirtlichsten Winkeln Lateinamerikas, Afrikas und Asiens von diesen unbekannt, aus Kuba kommenden Aposteln bei der Geburt gerettet worden.

In Pakistan entdeckten viele Bäuerinnen und Bauern während ihrer Heilung, dass es Medizin gibt, dass es diese Insel gibt und dass es Menschen mit schwarzer Haut und weissem Kitzel gibt.

Als einer der vielen Wirbelstürme fast einen Teil Haitis verschwinden liess, schlug Kuba Frankreich vor: Ihr schickt die Medizin und wir die Ärztinnen und Ärzte. Paris bevorzugte es Truppen zu schicken, um die Kontrolle der gerechten Proteste zu unterstützen. Kuba, allein und stillschweigend, brachte die Ärzte und einige Tonnen Medizin.

Es ist schwer zu berechnen, wieviel Tausende von Millionen Dollar dies alles gekostet haben mag. Im Gegensatz dazu ist es sehr einfach zu wissen, dass die Revolution und sein Volk es gaben, bevor sie es für den Wohlstand des alltäglichen Lebens investierten.

Jetzt braucht Kuba uns Diese Revolution und dieses Volk, das uns so viel gab, braucht umgekehrt heute uns.

Die rasch aufeinander folgenden Wirbelstürme der letzten Monate setzten einigen Gebieten des Landes sehr stark zu. Wie eine Atomexplosion, sagte Fidel. Die grossen internationalen Informationsmedien, so

wütend, wie sie sich gegenüber diesen Rebellen meist verhalten, weigern sich, über die Situation zu berichten. Ganz sicher tut es ihnen weh, die hohe Organisationsfähigkeit der Revolution zu erwähnen, um solchen Katastrophen zu begegnen. Die gleiche Fähigkeit, wir wissen es, wie sie sich jene von denselben Wirbelstürmen in den USA Betroffenen wünschten.

Washington posaut in die ganze Welt hinaus, dass Kuba seine Hilfe ablehnt. Ein weiteres Märchen der Tausende in ihrer Aggression gegen die Insel. La Habana antwortete, wenn die USA helfen will, dann möge sie die mörderische Blockade aufheben, auch wenn nur für sechs Monate, um das Notwendigste zu kaufen. Klar, innerhalb der den internationalen Handel bestimmenden Übereinkommen. Kuba möchte keine Hilfe unter Bedingungen, die seine Souveränität einschränken. Weder möchte es Almosen, noch braucht es diese, und Kuba verdient auch keine Almosen, weil sie solche auch niemals gab. Und

schon gar nicht will es Almosen von dem Staat, der die Revolution am Boden zerstört sehen möchte. Der gleiche, der niemals etwas ohne Hintergedanken anbietet.

Es ist an der Zeit ein bisschen von dem vielen, was dieses Volk für so viele andere machte, zurückzugeben. Die Revolution und die Kubanerinnen und Kubaner drücken dies niemals so aus, aber es ist die Wahrheit und sie muss auch gesagt werden.

In vielen Ländern wird die Solidarität schon organisiert. Man kann sich informieren: Lasst uns eine Spende machen!

Kuba braucht Solidarität, diesen Akt der Zärtlichkeit zwischen den Völkern.

Übersetzt von Isolda Bohler und überprüft von Achmed Khammas (Quelle: Tlaxcala, Übersetzernetzwerk für sprachliche Vielfalt).

Spenden für Kuba:
Vereinigung Schweiz-Cuba
PC 30-36190-7, «Wirbelstürme»

Schweiz. Friedensbewegung SFB
PC 40-1627-7, «Kuba»

BASLER FRAUENVEREINIGUNG FÜR FRIEDEN UND FORTSCHRITT



Niggi-Näggi-Fest

Samstag 13. Dezember 2008, ab 15 Uhr
Silberbergsaal im Altersheim «Zum Lamm»
Rebgasse 16 oder Eingang Utengasse in Basel

Kaffeestube

Programm

17. 15 Uhr
Dieter Sieber spielt Irish Folk und Französisch Folk
mit Kreistänzen

Kinderecke zum Malen und Basteln
gemütliches Beisammensein

Tombola

zu Gunsten von Kuba

Kulinarisches

Kartoffelsalat • grüner Salat • Wienerli
Brötli • Kaffee • Getränke • selbstgebackene Kuchen

ab 18 Uhr: Roots Solidaritätessen für ein Frauenprojekt in Pakistan
pakistanische Spezialitäten (vegetarisch)

Solidaritätsbazar

mit Olivenöl aus Palästina und Zatar
(palästinensisches Gewürz)
mit Kunsthandwerk aus Vietnam, Kuba und Palästina
Büchertisch, Spielzeug, Handarbeiten
Weihnachtskarten, Bilder, Informationstisch